

grünes blatt



Wenn der Castor rollt...

Erfahrungsberichte aus dem Wendland

(evi) Auch im letzten Jahr fuhren wieder Castortransporte in Massen. Und einer davon von La Hage in das Zwischenlager Gorleben. Es ist einer der spektakulärsten, aufwendigsten und zudem am stärksten mobilisierten Castortransporte im Jahr 2002. Und mit 12 Castorbehältern auch der längste. Auch diesmal fanden sich tausende AtomkraftgegnerInnen und etwa 15 000 PolizistInnen zusammen. Die einen um den Transport zu blockieren, zu verteuern und ihren Protest kundzutun, und die anderen um ihn pflichtbewußt zu schützen. In den sechs Tagen während und um den Transport kochte das Wendland.

Nicht im wörtlichen Sinne, denn die Temperaturen ließen zu Wünschen übrig. Doch durch viele Aktionen wurde man schnell wieder warm. Hier ein Einblick in das widerständige Leben im Wendland. Eingeläutet wurde die Aktionswoche am 9.11. mit der Auftaktdemo nach Gorleben. Dort wurde mit warmen Essen und Trinken für das leibliche und mit Literatur und Bühnenshow für das seelische Wohl gesorgt.

(Dazu mehr auf Seite 3)

Aus dem Inhalt:

Verfassungsfeind Auto? Seite 6

Bahnpreise Seite 7

UAA Gronau Seite 10

Kreative Antirepression Seite 13

Rechte Ökologie Seite 15

Beton & Asphalt Seite 18

Inhaltsverzeichnis:

Gorleben-Castor	Seite 1
Inhalt und Impressum	Seite 2
Ein Tag im "Löwenzahn"-Haus	Seite 4
Fotoausstellung im Blutspendedienst	Seite 4
Eindrücke zur Infowiese im Clamart-Park	Seite 5
Verfassungsfeind Auto?	Seite 6
Ölopfers aus dem ecuadorianischen Amazonas	Seite 6
Jahrhunderthochwasser und Dosenflut	Seite 7
Die Bahn kommt - doch wohin?	Seite 7
§129a-Verfahren in Sachsen-Anhalt	Seite 8
UAA Gronau: Stilllegen statt erweitern!	Seite 10
Tschernobylhilfe Magdeburg	Seite 11
"Tanzende Araber"-Buchvorstellung	Seite 12
Repressionsschutz und kreative Antirepression	Seite 13
Rechte Ökologie	Seite 15
Stoppt den Krieg gegen den Irak!	Seite 17
Fürs nächste Hochwasser... Beton & Asphalt	Seite 18
Termine, Veranstaltungen und Aktionen/Adressen	Seite 19
Vorhang auf für den Erlebten Frühling 2003!	Seite 20

Zeit zum Umsteigen

BUSSE & BAHNEN

PREISERHÖHUNG

PREISERHÖHUNG

PREISERHÖHUNG

PREISERHÖHUNG

ZEIT ZUM UMDENKEN

Das grüne blatt erscheint im Selbstverlag und ist eine Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche und Junggebliebene.

Impressum:

Herausgeber:

Greenkids Magdeburg e.V.
Postfach 32 01 19
39040 Magdeburg
Tel.: 01 62/78 68 204
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
www: www.gruenes-blatt.de

Hausanschrift:
Thiemstr. 20
39104 Magdeburg

Spendenkonto:
Stadtsparkasse Magdeburg
KNr.: 30 120 859
BLZ: 810 532 72

Mitwirkende Organisationen:

BUNDjugend Sachsen-Anhalt
NAJU Sachsen-Anhalt
Öko-Zentrum und -Institut Magdeburg e.V.

Redaktion:

Susann Baehs (sb), Falk Beyer (fb, V.i.S.d.P.), Jonas Lähnemann (jlo), Evelyn Mikojan (ew), Katrin Risch (kr), Joris Spindler (jos), David Lähnemann (dal)

Fotos:

Falk Beyer, Greenkids-Archiv, Jonas Lähnemann, Hintergrundbild der letzten Seite: Dr. Heiko Bellmann

Grafiken:

Greenkids-Archiv, Politisches Schnippelbilderbuch, Umwelt-Schnippelbilderbuch

Satz und Layout:

Falk Beyer, Holger Stitz

Druck:

Stelzig Druck Magdeburg

Auflage:

1000 Hefte

Diese Ausgabe des grünen blatt wurde durch das Jugendamt Magdeburg gefördert.

Redaktionsschluß war der 29. November 2002.
Das grüne blatt wird auf 100% Altpapier gedruckt.
Nächste Ausgabe: 1-2003
Redaktionsschluss: 21. Februar 2003

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der Umweltbewegung Sachsen-Anhalts. Die Redaktion bilden Vertreter der verschiedenen Vereine sowie unabhängige MitarbeiterInnen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Portokosten (1,53 EUR) bei Greenkids Magdeburg e.V. nachbestellt oder online auf www.gruenes-blatt.de gelesen werden.

Die Trägervereine im Web:

www.greenkids.de
www.naju-lsa.de
www.oezim.here.de

Sprachliche Konventionen:

Die AutorInnen verwenden jeweils ihre eigenen sprachlichen Konventionen. Zur Erläuterung: der Großbuchstabe (z.B. "I" wird benutzt, um anzudeuten, dass sowohl "männliche" als auch "weibliche" Form gemeint sind.

Manche AutorInnen verwenden Endungen wie "-i"/"-is" etc. Diese Konvention entwickelte sich aus der Gender-Diskussion und soll nicht nur eine sprachliche Gleichberechtigung von "Mann" und "Frau", sondern auch all derer symbolisieren, die sich in derartige Schemata nicht einordnen wollen/können. Dann steht "-a" für den weiblichen Singular, "-as" für den Plural. "-o" bzw. "-os" verkörpern den männlichen Part und "-i" bzw. "-is" stehen als Synonym für



Mitglied bei

fjp>media
Verband junger Medienmacher

www.fjp-media.de

Zu Beginn...

Völlig ungewohnt gibt es dieses Mal ein paar Worte von der Redaktion des grünen blattes gleich zum Anfang. Mit dem Umzug der Greenkids in die ehemalige Feuerwache Buckau hat sich auch der Sitz der Redaktion geändert. Die Post bitte wie bisher an das Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg schicken; die Hausanschrift lautet nun Thiemstr. 20, 39104 Magdeburg.

Das neue grüne blatt ist nun etwas dünner, aber von der Seitenzahl her umfangreicher hergestellt worden. Diese Entscheidung fiel, weil der Platzbedarf in letzter Zeit immer mehr gestiegen war und weil uns das dicke Papier auf den Innenseiten unnötig und umweltschädlich erschien. Finanziell gleichen sich diese Veränderungen etwa aus. Die Seitenzahl werden wir zukünftig je nach Bedarf flexibel halten.

Womit wir auch schon bei einem anderen Anliegen wären: Unerwartet krass scheint sich die Sparpolitik der Landesregierung auf alle möglichen Bereiche auszuwirken. Damit auch auf uns. Schon vor längerer Zeit wurde uns von seiten der Förderinstitutionen der Stadt Magdeburg angedeutet, dass das grüne blatt auf Dauer finanziell unabhängig werden sollte.

Das versuchten wir vor Jahren durch Anfragen bei eventuellen SponsorInnen, brachte aber kein vernünftiges Ergebnis. Durch die neuerlichen Einsparungen staatlicherseits wird diese Problematik wieder aktueller. Wir sollten versuchen eine eigenständige Finanzierung auf die Beine zu stellen.

Noch ist nicht absehbar, ob diese Zeitung auch unter den Kürzungen zu leiden

haben wird. Trotzdem wollen wir versuchen, wenigstens einen Teil schon über Abos abzudecken. Diese Abonnements bringen uns nicht mehr Geld ein (denn es wird nur der Versand in Rechnung gestellt), schafft aber einen direkten Kontakt zu den LeserInnen. Dadurch ist die Auflagenhöhe besser abschätzbar und im Falle des Falles könnten wir informieren, wenn die Finanzierung umgestellt werden muss.

Also: Überlegt euch, ob es für euch sinnvoll ist, das grüne blatt zu abonnieren und empfiehlt es auch an FreundInnen weiter!

Nun, ansonsten zu den Inhalten: es erreichte uns mal wieder ein LeserInnenbrief. Diesmal zum Thema "Hochwasser und Dosenflut". Ihr findet ihn auf Seite 8. Schon vor längerer Zeit ging bei uns ein Brief der Zeitung "Stachelbeere" ein. Interessant deswegen, weil er ganz toll zu unserer Ausgabe "Rechte Ökologie" (grünes blatt 3-01) passt. Da wir generell gegen Zensur sind und den LeserInnen eigene Erfahrungen mit ökofaschistischen Texten nicht ersparen wollen, findet ihr ihn auf Seite 16. Über LeserInnenmeinungen freuen wir uns ganz bestimmt!

Natürlich gibt es noch eine ganze Menge anderer spannenden Texte. Aber eine Auflistung sparen wir uns an dieser Stelle. Schaut ins Inhaltsverzeichnis oder blättert euch durch!

Viel Freude und Erfolg in 2003 wünscht

die grünes blatt - Redaktion

(Fortsetzung von Seite 1)

Danach folgten weitere Aktionen über das ganze Wochenende. Lüneburg bildete während des Transportes einen Schwerpunkt, am Sonntag wurde ein erster Stadtspaziergang unternommen. Von Seiten der Polizei wurden schon die ersten Versammlungsverbote entlang der Transportstrecke ausgesprochen. Von dem Camp der BI Lüchow Dannenberg und X-1000 mal Quer in Rehbeck startete deswegen eine Demo am 10.11. zur Wahrung des Demonstrationsrecht als Grundrecht in Siemen (nicht Siemens). Diese führte dann auch nach Groß Gusborn in die 50 Meter Demoverbotszone in der sie bis Klein Gusborn laufen durfte. Nach Auflösung der Demo gingen die Teilnehmer zu einer der Dorfneugründungen in der Verbotszone welche durch die Landesverfassung geschützt werden und überreichten den neuen Bürgermeister Brot und Salz sowie ein X als Zeichen des Widerstandes gegen die Atommülltransporte.

Am Montag (11. November) war es dann soweit, der Transport fuhr in La Hague (Frankreich) los und überquerte noch am selben Tag die deutsch-französische Grenze. Der Versuch die Demo im Wendland vom Sonntag dem 10.11.02 in der Verbotszone zu wiederholen, wurde von einer Polizeikette verhindert. Dabei achteten die Demonstranten darauf, auf der rechten Fahrbahnhälfte zu verbleiben und somit nicht die Straße zu blockieren so das nur die Polizeikette ein Hindernis für den Castor darstellte. Auch an anderen Orten wehrte sich das Wendland. In Splietau fand eine Treckerblockade statt und in Lüneburg wurden Kreuzungen blockiert und sowie in Anlehnung an das Datum den 11.11 eine Faschingsdemo veranstaltet. Den ganzen Dienstag und Mittwoch gingen die Proteste weiter. Trotz Polizeitechnik wurden schon vor dem Transport erfolgreich Castorgleise sabotiert.

Am Dienstag wurde in Hitzacker demonstriert und

mit Treckern die Transportroute blockiert. In Lüneburg wurde ein atomfeindlicher Laternenumzug begangen. Am Mittwoch veranstalteten Frauen vor der Bezirksregierung einen Katzenjammer und vor der Polizeikaserne gab es eine Spontandemo sowie ein Straßentheater in der Innenstadt. In verschiedenen Tageszeitungen wurden Anzeigen gefälscht und in Hamburg wurden Banken und Energiewerke entglast.

In Hitzacker wo Anwohner die Menschen zum Tee eingeladen hatten, blockierten viele Menschen die Gleise mit Sitzblockaden. Trotzdem erreichte der Transport in der Nacht den Verladebahnhof in Dannenberg.

In der selben Nacht blockierten ca. 1000 Widerständler bei Laase die Straßentransportstrecke und machten so ihren Unwillen gegen den Atomstaat kund.

Gegen fünf Uhr wurden die Menschen von Polizeikräften teils brutal, teils friedlich geräumt. Anschließend verblieben alle Volljährigen ohne Begleitung von Kinder und Jugendlichen und all jene, welche freiwillig blieben, in einem Polizeikessel.

7.15 Uhr etwa - bei einem der schönsten Sonnenaufgänge - fuhren mehrere Laster an allen dort anwesenden vorbei und besicherten diesen ihre persönliche Jahresdosis an radioaktiver Strahlung.

Einen großen Erfolg brachte auch die Idee, mit dezentralen Aktionen den Transport entlang der gesamten Transportstrecke zu behindern. In Meximiliansau gelang es einigen AktivistInnen auf die

Gleise zu kommen, in Mannheim hielt eine Anketaktion den Zug über eine Stunde lang auf. Um drei Uhr morgens in Göttingen wird der Castor noch einmal für 20 Minuten blockiert.

In Haßbergen bei Verden gibt es in den frühen Morgenstunden eine weitere Blockade. Kurz darauf ketten sich mehrere Leute bei Eyrstrupp an die

Schienen und halten den Zug erneut auf. Es muss ein Stück Schiene herausgetrennt werden, um die Aktivistinnen von den Schienen loszubekommen.

Nach weiteren erfolgreichen Anketaktionen bei Hamburg/Maschen erreichte der Zug den Lüneburger Bahnhof. Kaum im Wendland angekommen wurde der Castor mit



Blockaden und Demonstrationen empfangen.

Doch nicht nur an der Transportstrecke, sondern auch aus ganz Deutschland zeigten AktivistInnen und Gruppen ihren Protest, u.a. in Göttingen, Hamburg und Marburg, Bremen, Celle (...).

In diesen Tagen wurden von der Polizei so manche Grundrechte aus den Angeln gehoben und für die "Innere Sicherheit" geopfert.

Obwohl der Castortransport auch diesmal nicht aufgehalten werden konnte, mussten die Atomlobbyisten einsehen, dass ihre Ausstiegslüge nicht einfach hingenommen wird und der Widerstand gegen die Atomindustrie nicht aufhört.

Ich abonniere ab sofort das "grüne blatt" für ein Jahr!

Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (4,-EUR/Jahr) 10 Exemplare (10,- EUR/Jahr)

Ich habe Briefmarken / Bargeld beigelegt. Schickt das grüne blatt bitte an:

Name Anschrift

grünes blatt

Ausschneiden und ab an: grünes blatt, c/o Greenkids Magdeburg e.V., Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg

**Ich
will
Abo
!!!**

Ein Tag im "Löwenzahn"-Haus

sb/jps Die Sonne geht im Winter erst spät auf, die richtige Zeit für LangschläferInnen. So erwacht das Leben im Löwenzahnhaus auch erst nach und nach. An diesem Sonntag ist mal wieder Hausplenum. Am Frühstückstisch versammeln sich die ersten Menschen und planen, was in der nächsten Zeit so an gemeinsamen Dingen anliegt. Plötzlich helle Aufregung am Frühstückstisch - der selbstgebastelte Weihnachtskalender ist schon bis zum 22. geplündert, dabei ist noch nicht einmal Nikolaus. Nach längerer Diskussion lenkt sich der Verdacht auf die Katze, die doch so gerne Süßigkeiten mag und die außerdem in den letzten beiden Tagen ihr Mittagessen verschmähte.

Einer der ersten Tagesordnungspunkte ist die Weihnachtsaktion. Wie schon in den letzten Jahren wurden von überallher alte Kerzenstummel gesammelt, aus denen nun wieder neue Kerzen entstehen sollen. Es stellt sich jedoch heraus, dass noch keine einzige Kerze vorgegossen ist und die Aktion aber in der nächsten Woche stattfinden soll.

Außerdem herrscht noch Uneinigkeit, was mensch denn über Sylvester spannendes machen könnte. Ein Teil der HausbewohnerInnen möchte gern zum Jugendumweltkongress (JUKB) fahren und das Konzept von "Bildung von unten" vorstellen, andere ziehen einen gemütlichen Spieleabend im Löwenzahnhaus vor. Als dann auf dem Plenum bekannt wird, dass der JUKB diesmal gar nicht stattfinden wird, sind einige sehr ratlos.

Unruhe kommt in die Runde. Während es einige gerade ganz wichtig finden, die noch ausstehenden Punkte jetzt auszudiskutieren, drängt es andere nach einer ganz konkreten Arbeit: Sie wollen endlich mit dem Plätzchenbacken beginnen, oder zurück zu ihrer Arbeit im offenen Büro, denn schließlich steht zum Jahresende wieder die nächste Ausgabe des grünen blatts an und das Layout muss noch gemacht werden. Die Zeit ist wie üblich knapp, denn für den Nachmittag hat sich bereits eine Gruppe zum Flug schreiben angekündigt; da werden die Rechner auch

benötigt. Außerdem findet dann ja auch noch ein Argumentationstraining und der Strohsterne-Workshop statt, was den einen oder die andere vielleicht doch mehr begeistert als die Arbeit am PC.

Wenig später sind Mehl und Zucker überall in der Küche verstreut. Hin und wieder verschwindet eine Plätzchenform auf rätselhafte Weise. Das Geheimnis lüftet sich, als Renate stolz ihre Herz- und Sternkerzen präsentiert und so löst sich auch allmählich das Problem mit der Vorbereitung der Weihnachtsaktion. Drinnen wachsen langsam die Plätzchenberge, während sich draußen der Schnee auf den Wegen häuft. Anstatt den Schnee einfach beiseite zu schieben, entstehen daraus Schneemenschen. Mit einer Öko-Möhre ausgestattet sehen Ihre roten Nasen denen ihrer Erbauer recht ähnlich. Einer der Schneemenschen trägt ein Schild auf dem zu lesen steht: "Putzen! Wischen! Kehren! Dem darfst auch du dich nicht verwehren!" Da wird allen klar, dass die Weihnachtsputzkolonne am Löwenzahnhaus Teiler vorbeigezogen ist. Schade - aber wenn alle mit anpacken ist dieser unspektakuläre Teil des Tages in Windeseile erledigt.

Es ist sogar noch Zeit, sich etwas in den Hängenetzen zu entspannen, die überall an den Zimmerdecken aufgespannt sind. So gemütlich beieinander stellen einige Menschen fest, dass es über ihnen ziemlich farblos aussieht. Beim gemeinsamen Wände bemalen hatte anscheinend niemand den Blick nach oben gewendet. Schnell ist beschlossene Sache diesem Übel alsbald abzuwehren.

Eigentlich könnte mensch ja langsam mit dem Kochen für 's Abendessen beginnen, doch bis jetzt hat sich noch niemand bereit gefunden in dieser Woche den Einkauf mit dem Fahrrad zu erledigen, da mal wieder weniger als die Hälfte der Fahrradwege wirklich geräumt ist. Es ist richtig

gefährlich mit den ganzen Einkäufen am Zweirad sich die Fahrbahn mit den Autos teilen zu müssen. Um dem Unmut Ausdruck zu verleihen beschließen ein paar ganz "Unverfrorene" die zugefrorenen Strassen zu Schlittschuhbahnen zu erklären. Dadurch gibt's im Weihnachtsaufeinkaufsverkehr kein Fortkommen mehr und die Mission den Einkauf bei der FoodCoop zu erledigen gleicht keinem Selbstmordkommando mehr, weil mensch jetzt auch einfach auf der Strasse am Autostau vorbeiradeln kann.

Früh wird es dunkel im Winter. Auf dem Küchentisch liegt ein Bündel Petersilie, das so gerade noch unter dem Schnee im Ökogarten hervorgeholt werden konnte. Einige bereiten in der Küche das Abendbrot, nebenan probt die Straßentheatergruppe für die Aufführung des Weihnachtsmärchens auf der offenen Bühne. Hier fährt der Weihnachtsmann noch richtig ökologisch mit dem Schlitten die Geschenke aus und bringt natürlich nur ökologisch verpackte Weihnachtsgeschenke, deren Inhalt natürlich ebenfalls umweltfreundlich ist.

Heimlich backen Anna und Arthur am Abend, als alle anderen BewohnerInnen des Hauses schon schlafen, ein Lebkuchen-Löwenzahn-Haus. Damit wollen sie die anderen am nächsten Morgen zu Nikolaus überraschen... und ein weiterer neuer Tag beginnt.

Weil 's auch immer am Ende der Fernsehfilme steht möchte ich noch anfügen, dass die Handlung nicht ganz frei erfunden und eine Übereinstimmung mit real existierenden Personen nicht rein zufällig ist - ein anderes Leben ist möglich - auch schon im hier und jetzt. Falls du nun Lust bekommen hast, dich bei der Planung dieses Projektes zu beteiligen bist du herzlich dazu eingeladen.

Das nächste Projektgruppentreffen findet am 17.01.03 (Freitag) im "Thiembuku - Stadteilladen MD-Buckau" um 18 Uhr statt.

Fotoausstellung im Blutspendedienst des Universitätsklinikums

Vom Dienstag den 29. Oktober bis zum 29. November 2002 hing im Blutspendedienst des Universitätsklinikums Magdeburg eine Fotoausstellung unter dem Motto "Öko-Aktiv in Magdeburg" aus. In der Fotoausstellung, die in die Teile Umweltschutz-, Friedens- und Anti-Atom-Bewegung geteilt war konnten die Blut, Plasma oder Thrombozyten Spender vor oder nach ihrer Spende einen Einblick in die Arbeit verschiedener Gruppen wie z. B. den Greenkids oder dem AntiCastorNetz bekommen. Die Fotos stellten Aktionen, Demonstrationen oder andere Treffen außerhalb und innerhalb von Magdeburg sowie die Arbeit außerhalb der Öffentlichkeit dar.

So gab es unter anderen Fotos von spektakulären Aktionen wie der Besetzung des erst kürzlich genehmigten

Atom Müllendlagers "Schacht Konrad", bei der darauf hingewiesen wurde das Atommüll leider niemals an einer Stelle für mehrere Millionen Jahre sicher endgelagert werden kann.

Fotos von beliebten Aktionen in Magdeburg wie das weihnachtliche Kerzengießen bei der aus alten Kerzenstummeln neue Kerzen recycelt werden, oder auch Fotos einer Zukunftswerkstatt bei der die Greenkids ihre Ziele und Ideen für ein neues Jahr erarbeitet haben. Auch die Bachpatenschaft der Greenkids mit den Naturschutzgebiet Schrottestau, einem Hochwasserrückhaltebecken am Rande von Diesdorf, wurde dokumentiert. Und es gab auch noch vieles mehr zu sehen.

Eröffnet wurde die Ausstellung mit einer feierlichen Vernissage. Nach einer Eröffnungsrede wurde dann ein breites Rahmenprogramm angeboten. Unter anderem gab es Beratungen zum ökologischen Stromwechsel vom AntiCastorNetz, Essen von den Greenkids und Getränke vom Blutspendedienst.

Neben dem leiblichen war auch für das seelische Wohl gesorgt. Die Besucher der Vernissage hatten die Ehre "Vize" den Liedermacher der Band "Aufsturz" spielen zu hören, der mit seinen Liedern, die er eindrucksvoll darbot zeigte, das auch ihm die



Mit einem Liedermacher wird die Ausstellung eröffnet

Probleme eines aktiven Engagements nicht unbekannt waren.

Der Kampf gegen die vielen Vorurteile und das häufige Schwimmen gegen den Strom können stark an den Kräften zehren.

Nach der Vernissage allerdings waren die Organisatoren mit neuer Kraft für neue Taten gestärkt. Der Eindruck, dass all das viel Spaß machen kann, war auch nicht zu übersehen. Schließlich diente die Fotoausstellung auch dazu noch nicht Aktive jeden Alters zum mitmachen anzuregen.

Seit dem 30.11.2002 hängt nun eine Ausstellung mit von Kindern aus der Region um Tschernobyl selbst gemalten Bildern in den Räumen des Blutspendedienstes. Der Besuch dieser und auch anderer Ausstellungen lohnt sich.



Vernissage zur Eröffnung der Fotoausstellung

Eindrücke zur Infowiese im Clamart Park

Espi Als ich und andere das Eröffnungsplenum betreten, merke ich, wie neben mir Wichtigleute anfangen zu tuscheln, auf Jörg zeigen, über Rauswurf reden usw. - eine für mich unangenehme Stimmung. Dann das Infoplenum: Vier bis fünf Leute der Orga-Gruppe rattern das Programm runter.

Die vorgestellten Ideen und Aktionen fand ich teilweise gut, aber für Eigeninitiative war kein Raum da ... und zwar spürbar: Nachdem das Programm vorgestellt wurde, wurde nicht einmal die Frage gestellt, ob Leute. Auch fehlte im Clamart Park jegliche Infrastruktur, die es Menschen ermöglicht, noch etwas Eigenständiges zu entwickeln, sich selbst zu organisieren. Auch wurde nie gefragt, ob wir eine Pressesprecherin haben wollten ... die gab es einfach.

Später gibt es im Anna & Arthur noch einige spannende Runden mit gerade angekommenen Leuten aus Osnabrück und Braunschweig, aus der sich ein paar Vorschläge ergaben, um die Infowiese offener zu gestalten.

Die nächste Verbotsverfügung: "Ihr könnt eure Sachen ja woanders machen"

Beim morgendlichen Orga-Plenum im Clamart Park bringen Thorsten und ich zwei Vorschläge ein, die wir gern auf der Infowiese umsetzen wollten: Einen Workshop zu Reclaim The Streets und eine Fishbowl-Diskussion zu "Der Castor kommt, die Demokratie geht?". Beides wurde im Plenum angenommen.

Als wir nach Frühstück und Stadtrundgang wiederkehren, um mit dem Workshop zu starten, kommt ein Mensch aus der Orga-Struktur auf uns zu mit der Aussage, dass das nicht ginge, beide Veranstaltungen untersagt seien. Wir seien die Leute von Hoppetosse, mit denen es schon Probleme im Anna & Arthur gab und die Infowiese wolle sich deren Beschluss anschließen. Wieder wurden also Veranstaltungen, die schon durch das Plenum gingen, nacher von einem intransparenten Zirkel gekippt.

Darauf weise ich hin - und auch darauf, dass es unter Menschen vom A&A keine einheitliche Meinung gibt. Danach kommen weitere Rechtfertigungen, es gäbe AnmeldeInnen, die für alles gerade stehen müßten und Aktionen dürften nicht geplant werden. Währenddessen fand gerade ein für alle erkennbarer Kletterworkshop in den Bäumen statt, der diese Begründung für mich deutlich widerlegte. Zumal damit das Verbot der Fishbowl-Diskussion zum Demokratieverständnis nicht erklärt werden kann.

Zwischendurch kommen zwei weitere Personen der Orga-Gruppe hinzu. Alle betonen, dass es ihnen leid tue, unsere Ideen ja gut fänden und unseren Frust verstünden, aber wir ja mit A&A viele Probleme hätten und dort bereits ein Plenum gesprochen hätten. Ich versuche klar zu machen, dass es eine einseitige Darstellung ist und die Probleme durch Verbote sich eher verschärfen.

STILLEBEN

Auf unser anhaltendes Nachhaken folgen dann so Sätze wie "Ihr bringt eine total komische Stimmung hier rein" und "Ihr nehmt schon wieder so viel Raum ein", die Ursache und Wirkung verdrehen und so tun, als sei es total daneben, sich gegen Verbote aufzulehnen. Ein richtiger Hammer war für mich der Satz "Ihr könnt eure Sachen ja woanders machen". Mit solchen Statements befindet mensch sich auf einer Ebene mit Kaufhausleitungen, die unliebsame Menschen rauswerfen. Verbote in den wichtigsten

Anlaufpunkten des Anti-Atom Widerstandes in Lüneburg soll mensch locker hinnehmen ...

Einfach zu viel

Frust, Wut, aber vor allem Niedergeschlagenheit und Perspektivlosigkeit machen sich breit. Nach langer Unschlüssigkeit ergibt es sich, dass die Gießener und Saasener AktivistInnen abreisen wollen. Gründe: Außer dem BUND-Büro überall Verbotsverfügungen, keine Möglichkeiten Aktionen vorzubereiten.

Aber vor allem waren wir, glaube ich, einfach durch und nicht mehr in der Lage, uns für kreativen Widerstand zu motivieren. Vor meiner Abfahrt wollte ich nur noch auf das Info-Plenum im Clamart Park gehen, um dort eine Rückzugserklärung abzugeben - und so kam es dann auch.



Der letzte Auftritt ...

Zusammen mit Menschen aus Braunschweig und Osnabrück betrete ich das gefüllte Infoplenum: Etwa 150 Leute, ich sofort tierisch eingeschüchtert fange an vor mir zu rationalisieren ("Ach, dann fahre ich halt ohne Statement" usw.).

Thorsten haut mich immer wieder darauf an, loszulegen und ich versuche mich zu sammeln. Irgendwann wird der Tagesordnungspunkt "Hoppetosse" benannt.

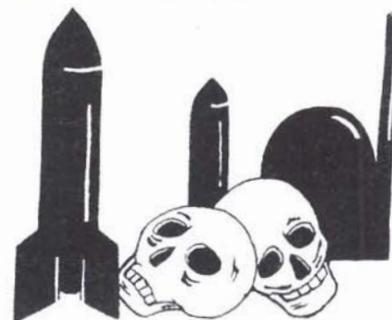
Nachdem die Person, die das Verbot gegenüber uns vertreten hatte, sich entschuldigt hatte mit dem Hinweis, dass die Infowiese ja offen sein sollte, meint einer der älteren Orgas, dass das alles beim nächsten Mal besser laufen und man die Sache doch jetzt zu Ende bringen könne. Der Konflikt sollte gedeckelt und harmonisiert werden, mein Statement war scheinbar gar nicht vorgesehen.

Ich melde mich und meine, auch noch was zu den Vorgängen sagen zu wollen [Text siehe http://www.projektwerkstatt.de/aktuell/castor/castor_lueneborg.html#erklaerung]. Sofort fordert einer der Infowiesen-Checker eine Redezeitbegrenzung auf zwei Minuten wegen der bisherigen Erfahrungen. Verschiedene Leute widersprachen dem empört, sehr deutlich ein Mensch aus Berlin, andere meinten, ich solle anfangen.

Der Dominanzvorgang war einfach zu offensichtlich und platt. Während ich meine Erklärung zum Rückzug aus Lüneburg und zur Auseinandersetzung um hierarchische Strukturen vortrage (relativ entschlossen und geladen), immer wieder Unterbrechungen und Pöbeleien... "Komm auf den Punkt", ein abfälliges "Ja, wir haben dich verstanden", "Was willst du, dass wir beschließen", aber auch jedes Mal eine kleine Reihe Menschen, die dagegen intervenierten.

All das hat mich nochmal mehr verunsichert als ich eh schon war, einmal hatte ich auch so ein Blackout, aber das war egal.

Spürbar war das komplette Fehlen der Sensibilität für Dominanz - klarer wird das, wenn mensch sich vorstellt, an meiner Stelle wäre eine Frau oder ein eindeutiger Youngster so angegangen worden... heftig.



Auch ein Mensch von der Bettenbörse, der ,uns' in den letzten Tagen unterstützt hat, und den Widerspruch von angepriesener Offenheit und Ausgrenzung thematisierte, wurde direkt von einem Checker unterbrochen.

Wie gerichtet die Wahrnehmung war zeigte für mich, dass Leute nachher meinten, ich könne nicht einfach 5 Minuten reden, während die Orgas 98% der Zeit für sich beanspruchten, was scheinbar ,normal' und akzeptiert ist.

Irgendwann wurde das Ganze durch die beendet... kleine Runden entstanden, von denen ich einige trotz Zeitdrucks mitnahm. Von verschiedenen Menschen, die ich teilweise nicht kannte, gab es positive Resonanz ("Lass dich nicht unterkriegen", "Ich glaube, ihr habt Recht mit dem, was ihr kritisiert") und Enttäuschung darüber, dass ein ganzer Aktionszusammenhang Lüneburg verläßt.

Das und die Unterstützung im Plenum, die Interventionen gegen Unterbrechungen usw. haben mir erheblich geholfen und die Situation vor kompletter Trostlosigkeit bewahrt.

Ich hatte den Eindruck, dass verschiedene Leute gemerkt haben was hier abgeht, nicht zu letzt wegen der offensichtlichen Dominanz der Eliten. Im Zug fühlte ich mich zwar nicht super, aber zumindest glücklich, der Situation nicht ausgewichen zu sein, sondern meinen Unmut geäußert zu haben - ein leicht verändertes Espi auf dem vorläufigen Rückzug ...

Obrigheim ist der Konsens!

Das AKW Obrigheim wird zwei Jahre länger als geplant laufen. Das kungelten die Betreiber mit dem Genosse-der-Bosse-Kanzler Schröder aus. Und der Rest gab klein bei. Es gibt AtomkraftgegnerInnen, die bezeichnen das als Bruch des Konsens. Doch damit sind sie nur auf die Trickkiste moderner Herrschaft reingefallen: Die Zwei-Haufen-Scheiße Theorie!

Die geht so: Um etwas durchzusetzen, drohe etwas noch Schlimmeres an. So hat die Kandidatur von Stoiber Leute zu Wahlaufufen für Rot-Grün oder PDS gebracht. Horrorberichte über die Taliban und andere lassen seit Monaten die Demokratie als Rettung für alles erscheinen. Und nun macht die Verlängerung von Obrigheim plötzlich den Atomkonsens salonfähig. Das ist aber nicht nur politisch dumm, sondern auch formal falsch.

Denn das Hin- und Herschieben von Stromproduktionskontingenten zwischen Reaktoren ist im Atomkonsens ja gerade festgeschrieben. Insofern ist Obrigheim nichts als die Praxis des Konsens. Und eine Chance mehr, endlich aufzuhören, in Herrschaft und Herrschendes irgendwas Gutes zu sehen! Die AKWs werden genauso abgeschaltet oder weitergefahren, wie es für den Profit und den Erhalt des Kapitals am Besten ist. Der Konsensvertrag ließ und lässt das uneingeschränkt zu. Keine Überraschung also.

(Jörg Bergstedt)

Verfassungsfeind Auto?

Ein Vorstandsmitglied von autofrei leben! e.V. erhebt Verfassungsbeschwerde gegen den Straßenverkehr in seiner heutigen Form. Der Gesetzgeber habe dem Auto eine Sonderstellung zu Lasten umweltfreundlicher Verkehrsteilnehmer verschafft. Fachleute halten eine verfassungsrechtliche Klärung für überfällig. Der in Hamburg ansässige Verein autofrei leben! unterstützt den Beschwerdeführer Schmidt, der vor dem Bundesverfassungsgericht das Straßenverkehrsrecht angreift, weil es im Widerspruch zum Grundgesetz stehe.

In der durch die Straßenverkehrsordnung (StVO) aufgestellten Hierarchie sei die natürlichste Form der menschlichen Fortbewegung - das zu Fuß gehen - an die letzte Stelle gerückt worden. Um diese Ordnung durchzusetzen, habe der Staat nicht nur Bußgeldsätze festgelegt, sondern auch sein Gewaltmonopol an die Kraftfahrer treuhänderisch übertragen.

Dazu Schmidt: "Die StVO und ihre übliche juristische

Auslegung erfüllt nicht die Anforderungen von Artikel 2 des Grundgesetzes, also dem Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die ständigen Gewaltdrohungen durch schnell fahrende Autos erklären Polizei und Justiz zur Bagatelle, obwohl schon im Kindesalter eindringlich davor gewarnt wird. Und wer per Auto tötet, kann ziemlich sicher sein, nicht hinter Gittern zu landen, sondern bloß vorübergehend zum zu Fuß gehen im Autostaat verdammt zu werden."

Die Verfassungsbeschwerde zielt darauf ab, Fußgängern, Radfahrern und öffentlichen Verkehrsmitteln Vorrang vor dem Autoverkehr zu geben. Eine Forderung, die nicht von ungefähr kommt, wie Schmidt anhand von exakten Berechnungen nachweisen kann.

Der Verkehrsexperte Dieter Teufel (UPI/Heidelberg) bestätigt: "Seine Argumentation ist kaum zu widerlegen. Ein solcher Schritt ist verkehrswissenschaftlich und gesellschaftlich längst überfällig."

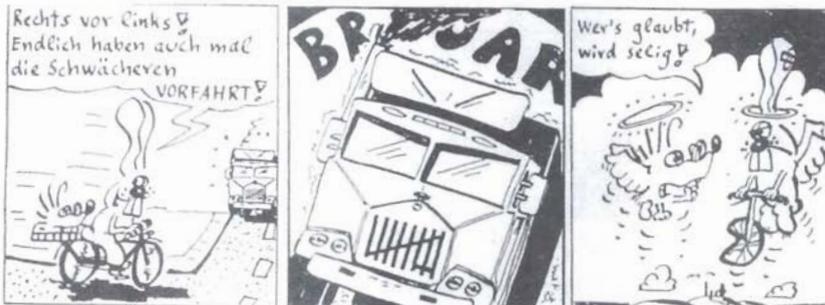
Professor Schöndorf, der an der Fachhochschule

Frankfurt am Main Umweltrecht lehrt, fordert die Verfassungsrichter auf, die B e -



schwerde ernst zu nehmen: "Die deutsche Justiz hat schon beim Umweltrecht versagt, weil angeblich die Kausalität zwischen Schadstoffbelastung und Gesundheitsschäden nicht eindeutig nachweisbar sei. Wenn der zigtausendfache Straßenverkehrstod aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht als Verstoß gegen Artikel 2 des Grundgesetzes gewertet wird, sollte die Justiz in Frührente statt Rente mit 70 gehen".

Der Vorsitzende von autofrei leben! e.V., Schuld, erklärt: "Wir Nicht-Autofahrer sind viel mehr als die meisten glauben und wahrnehmen. Auf meinem täglichen Arbeitsweg mit dem Fahrrad durch Hamburg werde ich häufig durch Autos gefährdet und darf zum Dank deren Abgase einatmen. Damit muss Schluss gemacht werden, damit alle umweltfreundlichen Verkehrsteilnehmer nicht mehr unter dem Diktat des Automobilitätsleidens leiden müssen. Deshalb unterstützen wir Schmidt."



Ölopfer aus dem ecuadorianischen Amazonas

Rettet den Regenwald e.V. Der Bauer Manuel Lopez (50) wird per Haftbefehl gesucht. Sein "Verbrechen": Er kämpft verzweifelt gegen den Bau einer neuen Ölpipeline in Ecuador, die federführend von der WestLB finanziert wird. Gegen Manuels Willen wurde die WestLB-Pipeline bereits über sein Privatland gebaut in der Ölstadt Lago Agrio im Amazonas.

Weil Manuel von seinen Kollegen zum Führer der regionalen Bauernbewegung gegen die Pipeline ernannt wurde, erhielt er Morddrohungen, landete im Gefängnis und lebt in ständiger Angst. Manuel war gerade in Deutschland - mit Mario Santi (31), dem Sprecher der Indigenen vom Volk der Kichua aus dem südlichen Amazonas von Ecuador. Dort wollen die Ölkonzerne künftig das schwarze Gold aus dem Urwaldboden holen, um die WestLB-Pipeline zu füllen.

Weil dadurch die einzigartigen Regenwälder in Marios Heimat zerstört würden, kämpft er mit seinem Volk seit Jahren erbittert dagegen. Manuel und Mario haben in Deutschland vor der Presse und bei Politikern auf ihre verzweifelte Situation auf-

merksam gemacht. Die Kleinbauern und die Indigenen im ecuadorianischen Amazonas brauchen dringend unsere Hilfe - für juristische Auseinandersetzungen, für eine breite Öffentlichkeitsarbeit und für politische Aktionen gegen die WestLB-Pipeline.

Bitte helfen Sie den Opfern der Banken und Ölkonzerne mit einer Spende. Sie können Ihren Beitrag direkt überweisen auf unser Konto 600 463 bei der Sparda-Bank Hamburg, BLZ 206 905 00 oder spenden Sie bequem online über unsere Homepage <http://www.regenwald.org/new/aktuelles/help/index.htm>.

Kontakt

Reinhard Behrend
Rettet den Regenwald e.V.
Friedhofsweg 28
22337 Hamburg
Tel. +49- (0)40 - 4103804
Fax: +49- (0)40 - 4500144
info@regenwald.org
www.regenwald.org

Kontakt

schmidt@autofrei.de

autofrei leben! e.V.
Volkmanstr. 6,
22083 Hamburg

Internet: www.autofrei.de
E-Mail: verlein@autofrei.de

Rettet das Heuser-Ökosystem in Indonesien

Rettet den Regenwald e.V. Es ist das letzte noch intakte Rückzugsgebiet für Tiger, Nashörner, Elefanten und Orang-Utans auf der indonesischen Insel Sumatra und beherbergt 26.000 Quadratkilometer tropischen Regenwald: Das Leuser-Ökosystem.

Wegen seiner einzigartigen Biodiversität zählt es zu den hot-spots des internationalen Naturschutzes. Jetzt plant die Provinzregierung ein Straßennetz mitten durch die einmaligen Urwälder. Ein Finanzkonsortium mit der Weltbank an der Spitze will die nötigen Kredite geben.

Bitte protestieren Sie über unsere Homepage unter www.regenwald.org unverzüglich beim Weltbank-Präsidenten Wolfensohn.

www.Termine-Online.NET

Portalseite für Veranstaltungen, Seminare, Aktionen, etc.

> TERMINE SELBST EINTRAGEN

> INDIVIDUELLE TERMINSEITEN EINRICHTEN
UND AUF DIE EIGENE WEBSITE ABSTIMMEN



Jahrhunderthochwasser und Dosenflut

(Text leicht gekürzt)

Magdeburg Anfang September 2002.

Die Elbe floss gerade in ihr angestammtes Bett zurück und die Flutwelle des Jahrhunderthochwassers war längst in der Nordsee untergetaucht.

Beim Kampf gegen die verheerende Flut gelangte eine Verpackung zu Ruhm und Ehre, die sonst eher als Schimpfwort erhalten muss - der Sack, in diesem Fall die Spezies Sandsack!

Über andere Verpackungen wird im Zusammenhang mit dem Dosenpfand schon seit langem heftig diskutiert und gestritten. Das Dosenpfand soll übrigens nicht nur für Dosen, sondern generell für Einwegverpackungen von Bier, Mineralwasser, Cola und Limonade gelten.

Die Verpackungsordnung sieht die Pfandpflicht für den Fall vor, dass der Anteil der Mehrwegverpackungen die 72%-Quote unterschreitet. Die Quote für die umweltfreundliche Verpackung ist seit 1991 dramatisch gesunken und lag im April 2001 bei knapp unter 64%.

Parteien, Wirtschaftsverbände und Umweltvereine sind sich über das Wie noch lange nicht einig, denn es gibt neben dem Zwangspfand auch andere Möglichkeiten zum Schutz der Mehrwegsysteme. Aber auch der Verbraucher ist hier gefordert, umweltbewusst zu handeln.

Doch kehren wir nun zurück in die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts, nach Magdeburg, auf

den Parkplatz eines großen Lebensmitteldiscounter und belauschen einmal zwei Verbraucher.

Dort schob Erwin sein Rad, einen Kasten mit leeren Pfandflaschen auf dem Gepäckträger, in einen der wenigen Fahrradständer.

Der aufmerksame Leser erkennt, dass es sich bei dem Verbrauchermarkt nicht um Aldi handeln kann, denn deren Mehrwegquote ist seit Jahren konstant auf Null.

Erwin sah dabei, wie Oscar, der inzwischen den Vorruhestand genoss, zwei Paletten Dosenbier im Kofferraum seines Autos verstaute.

"Du also auch, mitschuldig am Hochwasser", begrüßte Erwin seinen ehemaligen Kollegen gar nicht nett.

"Ähm, wie..., was ist los?", stammelte Oscar.

"Ja, wer Dosenbier kauft, schadet der Umwelt und verstärkt den Treibhauseffekt, denn die Dose findet nur einmal den Weg zum Kunden, die Pfandflasche dagegen 40 bis 50 mal."

"Aber der Grüne Punkt...?", versuchte Oskar zu kontern.

"Recycling ist zwar gut, aber Mehrweg ist besser! Schau dir die überquellenden Papierkörbe an. 100 Dosen verursachen soviele Müll wie 1100 Mehrwegflaschen!"

Erwin kam jetzt so richtig in Fahrt und legte weiter nach: "Noch schlimmer finde ich, wenn die Dosen Wälder und Wiesen verschandeln und für Käfer und andere Kleinsttiere zur tödlichen Falle werden, da

diese durch Getränkereste angelockt werden und nicht wieder herausfinden."

"Erwin, ich muss los, werd' über deine Argumente nachdenken, und ehrlich gesagt - Bier aus der Flasche schmeckt besser", sagte Oscar und warf mit elegantem Schwung die Kofferklappe ins Schloss.

"Tschüss und nichts für ungut", verabschiedete sich Erwin vom Ex-Kollegen.

Erwin hatte das Gefühl, für diesen Tag genug Aufklärung betrieben zu haben. Beim nächsten Treff könnte er Oscar beispielsweise erläutern, dass man für kurze Wege, Oscar wohnt nämlich gleich um die Ecke des Einkaufsmarktes, besser kein Auto benutzen soll, da bei kaltem Motor Spritverbrauch und Abgasemissionen besonders hoch sind.

Es handelt sich bei diesem gut gemeinten Rat übrigens um den Tipp 19 der vor kurzem gestarteten Klimaschutzaktion "Lasst uns das Klima retten!" mit den beiden Pinguinen namens Prima und Klima. Die beiden Pinguine brauchen dringend unsere Hilfe, da es ihnen auf der Erde nämlich langsam zu warm wird; und es wäre doch wirklich schade, wenn die possierlichen Tiere wegen der Erwärmung den schwarzen Frack ausziehen würden!

Insgesamt werden bei dieser Aktion fünfundzwanzig Energiespartipps für zu Hause und unterwegs gegeben, doch eine Empfehlung zum Kauf von Mehrwegflaschen fehlt, obwohl auch dies ein nützlicher Beitrag zur Verringerung des Energieverbrauchs ist.

Bernd Biedermann

Die Bahn kommt! Doch wohin?

Die Bahn startete am 15. Dezember ein neues Preissystem und verspricht dabei, dass Bahn fahren für viele günstiger wird. Wir haben uns das Preissystem genauer angesehen.

Die schlechte Nachricht dabei ist, dass es viel schwerer wird zu errechnen, wie teuer eine Bahnfahrt genau wird. Zwar gibt es feste Preise und Rabatte, aber durch Mengenbegrenzungen der Rabatte ist es nicht klar, ob man sie auch wirklich bekommt. So kann man erst sicher sein wieviel man für die Bahnfahrt bezahlen muss, wenn man sein Ticket in den Händen hält.

An sich wird bei der Deutschen Bahn AG der Grundpreis für ein Ticket auf kurzen Strecken bis 140 km um bis zu 10% oder 3,40 EUR teurer. Dazu kommt, dass günstigere InterRegio-Verbindungen in IC- oder ICE-Verbindungen umgewandelt wurden, für die ein höherer Grundpreis anfällt. Dafür wird der Preis auf langen Strecken um bis zu 27% oder 45 EUR günstiger. Dabei werden allerdings Vergünstigungen nicht mit eingerechnet. So konnten BahnCard-Besitzer früher 50% des Preises einsparen; jetzt sind es nur noch 25%. So dass man für eine Strecke die früher 300 EUR kostete, von der BahnCard-Besitzer nur 150 EUR bezahlen mussten, jetzt 265 EUR kostet, von der ein BahnCard-Besitzer allerdings 198,75 EUR zahlen muss. Sie sparen also nichts sondern zahlen sogar mehr.

Die BahnCard selbst wird dabei jedoch ein ganzes Stück günstiger: so kostet sie in der ersten Klasse nur noch 150 EUR statt wie bisher 280 EUR, in der zweiten Klasse 60 EUR statt 140 EUR. Für Kinder oder Ehepartner kostet jede weitere BahnCard nur 5 EUR.

Dafür gibt es aber neue Möglichkeiten Geld zu sparen. So spart man 40% des Fahrpreises, wenn man mindestens 7 Tage vor der eigentlichen Fahrt seine Fahrkarte für den Hin- und Rückweg kauft, und zwischen Hin- und Rückweg mindestens eine Samstag-Nacht liegt. 25% kann man noch sparen, wenn man mindestens 3 Tage vorher eine Hin- und Rückfahrkarte kauft. 10% Rabatt gibt es schließlich für Menschen, die eine einfache Fahrt mindestens einen Tag vorher buchen. Leider gibt es bei allen der sogenannten "Plan & Spar"-Angebote einen Mindestpreis von 15 EUR für die zweite und 22,60 EUR für

die erste Klasse. Außerdem sind die Kontingente der Fahrkarten begrenzt. So sind in Hauptverkehrszeiten nur 10% aller Sitzplätze mit Plan und Spar buchbar; in besonders leeren Zeiten bis zu 60% aller vorhandenen Sitzplätze. Wer seinen gebuchten Zug dann doch nicht nutzen will, muss hohe Umtauschgebühren zahlen. 15 EUR kostet der Umtausch, wenn man noch vor Ablauf der Vorverkaufszeit sein Ticket zurückgeben will. 30 EUR kostet es schon, wenn man einen Tag vor der eigentlichen Abfahrt doch nicht fahren will. Und am Tag der Fahrt ist eine Rückgabe unmöglich. Man kann dann allerdings für 45 EUR Gebühr den Wert seine Fahrkarte für eine andere Fahrkarte nutzen. Es gibt sogar schon Versicherungen, die eine Absicherung der Fahrkarten gegen Unvorhersehbares anbieten. Keine Gebühren fallen an, wenn die Bahn am Nicht-Erreichen eines Zuges schuld ist

Ein immer anwendbarer Spartarif ist der Mitfahrer-Rabatt. Hier kommt auf jeden Kartenkäufer die Möglichkeit bis zu vier Menschen zum halben Preis mitzunehmen. Daher haben sich in Internet auch schon mehrere Mitfahrer-Zentralen gefunden, wo Menschen, die zur selben Zeit die selbe Strecke fahren wollen, sparen und sich das Ersparte teilen.

Wenn Familien die Bahn nutzen, kosten Kinder bis einschließlich 14 Jahre als Mitfahrer gar nichts, wenn ihre Eltern oder Großeltern mitfahren. Für

Gruppen mit über 5 Personen gibt es ein erweitertes "Plan & Spar"-Angebot. So können Gruppen 50% einen Tag vor der Fahrt sparen, 60% ab 7 Tagen vorher und 70% ab 14 Tagen vorher. Für alle Menschen die an

einem Bahnhof ohne Bahnschalter wohnen, gibt es die Möglichkeit, die Rabatte im Internet oder per Telefon zu bestellen und sich dann zuschicken oder an einem Automaten mit Hilfe einer Geheimnummer hinterlegen zu lassen.

Eine Frage, die noch nicht geklärt wurde, ist, wie die Rabatte berechnet werden. Dabei gilt folgendes Prinzip:

Erst kommen die Frühbucherrabatte ("Plan & Spar"), dann auf den nun errechneten Preis die Mitfahrerrabatte und zum Schluss die BahnCard-Rabatte nur auf den vorher ermäßigten Preis. So können 2 Personen mit BahnCard, wenn sie eine Fahrt für 300 EUR pro Person kaufen und 25% Frühbucherrabatt bekommen, etwa 50 EUR gegenüber früher sparen.

Das berechnet sich aus $2 \cdot 300 \text{ EUR Grundpreis}$, $25\% \text{ Ermäßigung durch Frühbuchen}$ ($2 \cdot 75 \text{ EUR}$), $-50\% \text{ für die zweite Person} = -112,5 \text{ EUR}$ und noch mal $25\% \text{ durch die BahnCard} = 1 \cdot 225 \cdot 0,75 = 168,75 \text{ EUR}$ für den Vollzahler und $1 \cdot 112,5 \text{ EUR} \cdot 0,75 = 84,38 \text{ EUR}$ für den Mitfahrer. Zu zweit hätten sie dann 253,13 EUR zu zahlen (früher etwa 300 EUR); also wirklich etwas gespart.

Ist Bahn fahren nun also doch billiger? Nun wenn man gut rechnet und etwas Glück hat, kann Bahn fahren billiger werden. Leider sind für solche Preissparer besonders günstige Fahrkarten wie das "Guten Abend Ticket" weggefallen. So kann es gerade für allein und/oder spontan Bahnfahrer auch teurer werden. Für Pendler und regionale Bahnfahrer lohnt es sich, bei den Regionalbahnen zu bleiben.

Für Strecken bis 50 km gibt es in Sachsen-Anhalt z.B. für eine Hin- und Rückfahrt zwischen 9 und 3 Uhr am Montag bis Freitag und am Wochenende ab 0 Uhr für 5 EUR eine Fahrkarte, das "Hopper-Ticket".

Für 21 EUR kann man zu fünft in einem Bundesland mit bis zu 5 Personen oder als Eltern mit beliebig vielen eigenen Kindern einen Tag lang so viel fahren wie man will...

Wer dann doch weiter will, kann am Wochenende immer noch für 28 EUR alle Regionalbahnen Deutschlands 1 Tag lang mit bis zu 5 Personen mit dem "Wochenend-Ticket" befahren.

Die Bahn 

Manche Leute versuchen die neuen Preise der Bahn zu verstehen. Andere beschäftigen sich mit einfacheren Dingen wie der Relativitätstheorie.

Erklärung der Soligruppe zu den §129a-Verfahrenen

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

unsere Freunde Daniel und Marco sitzen im Knast. Am Mittwoch, dem 27. November 2002 wurden sie festgenommen und ihre Wohnungen durchsucht. Durchsuchungen fanden in Magdeburg, Quedlinburg und Berlin statt. Vorgeworfen wird ihnen die Bildung einer terroristischen Vereinigung (§129a) mit dem Namen "Kommando: Für die Freilassung der politischen Gefangenen".

Was steckt dahinter?

Am 18. März 2002 wurden von Unbekannten zwei Brandanschläge in Magdeburg verübt. Einer richtete sich gegen das Gebäude des Landeskriminalamtes, der andere gegen einen Bus des Bundesgrenzschutzes. Die Brandsätze zündeten nicht richtig, es kam nur zu geringen Sachschäden. Später bekannte sich ein "Kommando: Für die Freilassung der politischen Gefangenen" zu den beiden Taten. Das BKA übernahm die Ermittlungen. Nach deren Angaben soll auf einem Postpaket, in dem sich einer der Brandsätze befunden habe, ein Fingerabdruck von Daniel gefunden worden sein. Daniel und Marco wurden observiert und rund um die Uhr überwacht. Am Ende stand jetzt ihre Festnahme.

Das BKA schlussfolgerte, sie hätten zusammen mit fünf anderen namentlich bekannten Personen eine terroristische Vereinigung gegründet. Bei den Durchsuchungen wurden Reste von Knallkörpern, eine Flachbatterie und Fahrradglühbirnen mit Fassung und Kabeln gefunden und beschlagnahmt. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof wertete diesen "spektakulären" Fund als "typische Elemente zur Fertigung einer Zündvorrichtung für einen Sprengsatz".

Die gesamte juristische Konstruktion der Bullen ist

für uns eine Farce.

Wozu der §129a?

Der §129a ist ein Ermittlungsparagraf. Er ermöglicht dem BKA die weitreichendsten Mittel für Ermittlungen einzusetzen. Wie die Erfahrungen mit diesem Paragraphen zeigen, werden viele Verfahren nach den oft extrem umfangreichen Ermittlungen wieder sang- und klanglos eingestellt. Aber der Einblick, den sie in linke Strukturen und Projekte gewonnen haben, dieser Erfolg bleibt ihnen. Deshalb wird dieser Vorwurf, der für die Betroffenen im ungünstigsten Fall viele Jahre Knast bedeuten kann, als politisches Instrument gebraucht. Für uns ist klar: Der §129a und seine neueste Erweiterung der §129b gehören abgeschafft.

Was ist jetzt zu tun?

Wie immer im Falle staatlicher Repression gegen linke Strukturen gilt zu allererst: Klappe halten. Wilde Spekulationen über die Ereignisse helfen niemandem, außer den Bullen. In einem solch krassen Fall von Repression gilt es erst recht Ruhe und einen kühlen Kopf zu bewahren. Wir werden uns nicht unter Druck setzen lassen. Das gilt auch für eventuelle weitere Ermittlungen. Die Überwachung der Szene-Strukturen hört mit den Festnahmen nicht automatisch auf. Vielmehr ist davon auszugehen, dass auch weiterhin Leute massiv überwacht werden. Deshalb ist ein kühler Kopf so wichtig - auch am Telefon. Das gilt ebenso, falls es zu ZeugInnenvorladungen kommen sollte. Gegenüber den Bullen muß nicht ausgesagt werden. Es kann aber auch zu Vorladungen seitens der Bundesanwaltschaft kommen. In diesem Fall muß mensch hingehen und bei einer Aussageverweigerung mit einem Ordnungsgeld oder im schlimmsten Fall mit Beugehaft rechnen. Deshalb

ist es wichtig, daß ihr euch, sollte es zu einer Vorladung seitens der Polizei oder der Bundesanwaltschaft kommen, umgehend bei eurem örtlichen EA oder der Soligruppe meldet. Also Klappe halten und sofort bei uns melden, wenn eine Vorladung im Briefkasten liegt.

Schon jetzt fallen immense Kosten an. Hier ist eure Solidarität gefragt. Die Betreuung der Verhafteten und die Kosten der Anwälte sind für uns allein nicht zu finanzieren. Helft uns, spendet, macht Soliparties. Und vergesst die Genossen im Knast nicht. Sie sind per Post erreichbar. Briefe - die natürlich kontrolliert werden - sind zu richten an:

Daniel Winter, bzw. Marco Heinrichs
über den Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstr. 45a
76133 Karlsruhe

Sie sind auf unsere Solidarität angewiesen. Unsere Unterstützungsarbeit steht noch am Anfang, da können wir jede Hilfe brauchen. Gesammelte Gelder können auf folgendes Konto überwiesen werden:

Konto der Roten Hilfe Magdeburg
Stadtsparkasse Magdeburg
Kontonr. 37151949
BLZ.: 81053272
Verwendungszweck: Soligruppe

E-mail für Mitteilungen und Anfragen an:
soligruppe_magdeburg@mail.com

Solidarität mit den Gefangenen! Wir wollen keine Welt mit Knast und §129a, sondern Freiheit und ein herrschaftsfreies Leben.

Die Soligruppen aus Quedlinburg und Magdeburg

Schadensersatzforderungen gegen die Polizei

ACN Im April 2001 beteiligten sich Magdeburger AktivistInnen an Protestaktionen gegen den ersten Castortransport aus der BRD in die sogenannte "Wiederaufbereitung". In den Wiederaufbereitungsanlagen (WAA) wird aus den abgebrannten Brennstäben der Atomkraftwerke (AKW) der enthaltene Anteil von Plutonium extrahiert. Deshalb werden diese Anlagen im französischen treffender als "Plutoniumfabriken" bezeichnet.

Dieses Material ist für den Bau von Atombomben geeignet. Außerdem sind die Anlagen in kürzester Zeit so umrüstbar, dass sie auch noch waffenfähiges Uran aus den Brennstäben gewinnen können. Nur ein geringer Anteil des angelieferten Mülls kommt tatsächlich wieder zum Einsatz im AKW. In der WAA wird zudem das Volumen des radioaktiven Materials etwa verfünffach. Die Menge des Atom Mülls steigt also, statt zu sinken.

Ziel dieses Atomtransportes war die WAA La Hague in Frankreich. Diese Anlage wird für hohe Leukämieraten in der Region verantwortlich gemacht. Die Zahl der Erkrankungen ist dreimal höher als im Landesdurchschnitt. Die Fabrik gibt große Mengen radioaktiver Substanzen an Luft und Meer ab. Die Umwelt der Gegend um La Hague ist bereits stark kontaminiert.

Um gegen diesen Transport zu protestieren, trafen sich hunderte AtomkraftgegnerInnen in der Nähe des AKW Philippsburg. Sie wollten den Castor blockieren. Auf dem Weg zum AKW wurde der Demonstrationzug von der Polizei eingekesselt. Ein Großteil der Leute setzte sich auf

die Straße, um die Situation zu deeskalieren. Als klar wurde, dass die Polizei diesen Freiluftgewahrsam nicht aufheben würde, bevor der Castortransport passiert hätte, beschlossen ca. 20 Leute, die Straße nicht mehr freiwillig zu verlassen. Der Rest ging eingeschlossen von der Polizei zurück zur angemeldeten Mahnwache.

Die zwanzig BlockiererInnen beschäftigten über eine Stunde eine Hundertschaft der Polizei, wurden weggetragen, fotografiert und in Gewahrsam genommen. Dort wurden einige noch einer "großen ED-Behandlung" unterzogen. Diese beinhaltet u.a. die Aufnahme von Fingerabdrücken und das Protokollieren äußerlicher Merkmale.



dass diese ED-Behandlung rechtswidrig war. EinE Magdeburger AktivistIn klagte daraufhin zunächst gegen das Foto, das die Polizei gemacht hatte und aufbewahren wollte. Diese verteidigte in einem vielseitigen Schreiben an das Gericht beharrlich die Aufbewahrung. Doch plötzlich erklärte sie sich doch zur Vernichtung des Bildes bereit.

Im Beschluss des Gerichtes über die Einstellung des Verfahrens zu lasten der Polizeibehörde wurde erklärt, dass diese bei Weiterführung die Klage verloren hätte. Die Verfahrenskosten trägt die Behörde.

Die AktivistIn legte daraufhin eine weitere Klage ein. Ziel war schließlich eine öffentliche Erklärung, die die Rechtswidrigkeit der Polizeimaßnahme bestätigt. Nun wird ein Schmerzensgeld für die ED-Behandlung gefordert. Da diese rechtswidrig war, muss die KlägerIn entschädigt werden. Im Laufe des Verfahrens wird das Gericht feststellen müssen, ob die ED-Behandlung rechtswidrig war.

Bei Feststellung der Rechtswidrigkeit wäre die Ausgangslage für AtomkraftgegnerInnen im Wiederholungsfall schon wesentlich besser, weil mensch sich auf dieses Urteil berufen kann. Die Chancen, dass es gar nicht erst zu solchen Maßnahmen kommt, verbessern sich ebenfalls.

Mehr Infos zu diesem und anderen Verfahren Magdeburger AtomkraftgegnerInnen gibt es auf www.antiatom.de/magdeburg/prozess/.

Noch im Gewahrsam musste die Polizei eingestehen,



Pressestimmen zum §129a in Magdeburg

Mitteldeutsche Zeitung

Männer der Teilnahme an versuchter Brandstiftung verdächtig

Karlsruhe/Magdeburg/dpa. Zwei mutmaßliche Linksterroristen sind in Magdeburg festgenommen worden. Die 21 und 23 Jahre alten Männer sollen unter anderem an einem Brandanschlag auf das Landeskriminalamt von Sachsen-Anhalt in Magdeburg beteiligt gewesen sein, wie die Bundesanwaltschaft am Freitag in Karlsruhe mitteilte. Die beiden werden beschuldigt, der linksextremen Gruppierung «Kommando Freilassung aller politischen Gefangenen» anzugehören.

Die beiden Männer wurden am Mittwoch bei einer Durchsuchungsaktion in Ostdeutschland gefasst. Am Donnerstag wurden sie dem Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof vorgeführt. Er ordnete Untersuchungshaft an. Die Bundesanwaltschaft geht davon aus, dass die Männer spätestens seit diesem Frühjahr Mitglieder des «Kommandos» sind, das in Magdeburg und anderen deutschen Orten operiere.

Diese terroristische Organisation habe sich in einem Schreiben zu den Anschlägen bekannt und als «Teil der neuen revolutionären Bewegung» bezeichnet. Ihr Ziel sei es nach eigener Darstellung, «militante Politik in den Köpfen der Bevölkerung zu verankern».

Nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft verübten Mitglieder der Vereinigung in der Nacht zum 18. März 2002 den Brandanschlag auf das Kriminalamt in Magdeburg, bei dem geringer Sachschaden entstand. Wenige Stunden später soll der jüngere der beiden Inhaftierten auf einem Parkplatz unter ein Fahrzeug des Bundesgrenzschutzes eine Spreng- und Brandvorrichtung abgelegt haben. Diese zündete zwar, entflammte aber die brennbare Flüssigkeit nicht.

Am Mittwoch hatten Beamte des Bundeskriminalamtes und des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalts vier Objekte in Magdeburg, Quedlinburg und Berlin durchsucht. Dabei wurden nach Angaben der Bundesanwaltschaft Personalcomputer, Disketten, schriftliche Unterlagen und diverse Gegenstände sichergestellt. Letztere seien zur Herstellung unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtungen geeignet, hieß es.

Yahoo News

Magdeburg: Mutmaßliche Linksterroristen festgenommen

Karlsruhe (AFP) In Magdeburg sind zwei mutmaßliche Mitglieder einer linksgerichteten terroristischen Vereinigung festgenommen worden. Wie die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mitteilte, werden die beiden Deutschen Marco H. und Daniel W. verdächtig, als Mitglieder der terroristischen Vereinigung "Kommando: 'Freilassung aller politischen Gefangenen'" am 18. März 2002 an zwei versuchten Brandstiftungen auf Polizeieinrichtungen in Magdeburg beteiligt gewesen zu sein.

Die Organisation habe sich in der Szenezeitschrift "Interim" zu den Anschlägen bekannt und bezeichne sich als "Teil der neuen revolutionären Bewegung", teilte die Bundesanwaltschaft weiter mit. Sie habe das Ziel, "militante Politik in den Köpfen der Bevölkerung zu verankern". Im Zusammenwirken mit anderen gewaltbereiten Gruppierungen solle eine "militante Offensive" herbeigeführt werden.

In der Wohnungen des Verdächtigen Marco H. wurden laut Bundesanwaltschaft unter anderem Gegenstände gefunden, die geeignet seien, ähnliche Spreng- und Brandvorrichtungen herzustellen, wie sie bei den Anschlägen von der Gruppe eingesetzt worden waren.

Umfang der Ermittlungen

(gehört zum rechtsstehenden Text)

Gemessen an den umfangreichen Möglichkeiten der Strafverfolgung auf Grundlage des § 129a sieht der tatsächliche "Erfolg" solcher Ermittlungen eher bescheiden aus. Seit 1976 wurde in der BRD gegen mehrere tausend Personen ermittelt. Dabei kam es in den Jahren 1990-1999 zu Verfahren gegen 1362 Menschen (z.T. mehrfach gegen Einzelne).

In den meisten Fällen lautete hier der Vorwurf "lediglich" Unterstützung einer oder Werben für eine "terroristische(n) Vereinigung". Nur in 38 (!!!) Fällen kam es zur Verurteilung nach §129a. D.h., 97% der aufwendigen Ermittlungsverfahren wurden eingestellt!

Nichts desto trotz bedeutet dieser "geringe" staatliche Repressionserfolg bei jedem einzelnen Ermittlungsverfahren umfangreiche Hausdurchsuchungen, Telefonüberwachungen und Schikanen für viele FreundInnen, Familienangehörige, KollegInnen und politisch engagierter Menschen aus dem Umfeld.

Die Terrorismuskeule

(Auszüge aus einem Text der Soligruppe)

Was wird nach §129a bestraft?

Unter den Straftatbestand nach § 129a fällt die Gründung (oder Neubildung), die sog. Rädelsführerschaft (Führungsrolle) und Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung", sowie ihre Unterstützung und das Werben für eine solche Vereinigung.

Eine "terroristische Vereinigung" muss dabei der Zusammenschluss von mindestens drei Personen sein. "Terroristisch" wird eine Vereinigung genannt, wenn ihr Zweck bzw. ihre Tätigkeit u.a. dem Begehen folgender Straftaten dient: Mord, Totschlag, Völkermord; Menschenraub und Geiselnahme; Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel öffentlicher Versorgungsbetriebe und von Polizei- oder Bundeswehrfahrzeugen; Brandstiftungen, Atomexplosionen und Sprengstoffanschläge; gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr.

§ 129 a als Sonderrechtssystem

Aktivitäten nach § 129a sind einem verschärften Rechtssystem unterworfen, das wesentliche Grundsätze der bürgerlichen Rechtsstaatlichkeit außer Kraft setzt. Die staatsanwaltliche Zuständigkeit in solchen Verfahren liegt ausschließlich beim Generalbundesanwalt, Ermittlungsorgan ist das Landeskriminalamt, gerichtlich sind die Staatsschutzsenate der Oberlandesgerichte zuständig.

Die entsprechenden Ermittlungsmöglichkeiten übertreffen das übliche Maß: Die Behörden dürfen großflächige Telefonüberwachungen und Großrazzien durchführen (auch im weitestgehenden Umfeld der "TäterInnen" sowie mit der Berechtigung der Identitätsfeststellung und Durchsuchung Unverdächtigter!), außerdem sind sie zu Rasterfahndungen und Schleppnetzfahndungen (mit der Möglichkeit der Massenspeicherung von Daten) berechtigt.

Die zuständigen Gerichte dürfen bereits bei "dringendem" Tatverdacht Untersuchungshaft verhängen, auch wenn überhaupt kein Haftgrund (z.B. Fluchtgefahr) vorliegt. Die Verhafteten sind außerdem Sonderhaftbedingungen unterworfen: Die Post mit den VerteidigerInnen unterliegt der richterlichen Kontrolle, bei Besuchen der AnwältInnen können Gespräche nur mit Trennscheibe stattfinden, es kann Isolations- bzw. Einzelhaft angeordnet werden... All dies liegt allein im Ermessen des zuständigen Ermittlungsrichters.

INFOLADEN-MD

Vernetzung von Menschen und Gruppen Magdeburgs mit emanzipatorischem Anspruch

- Vernetzungstreffen: jeden 3. Dienstag im geraden Monat 17⁰⁰ Uhr im BUND-Seminarraum

- Mailinglisten: allgemeines: infoladen-md-subscribe@yahoogroups.de
Termine: termine-md-subscribe@yahoogroups.de

- Internetseite zur Vernetzung: <http://magdeburg.gruenes-blatt.de>

UAA Gronau: Stilllegen statt erweitern!

Aufruf zur Unterstützung der Kampagne "100 x 100 UAA-Einsprüche"

Zum Jahreswechsel eine gute Nachricht: Der beantragte Ausbau der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) ist noch nicht genehmigt. Im Gegenteil: Das Genehmigungsverfahren hat noch immer nicht die Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung erreicht. Es ist aber zu befürchten, daß es Anfang 2003 ernst wird!

Darum wollen wir unsere Aktivitäten verstärken. Natürlich versuchen wir das Verfahren zu stoppen, bzw. in die Länge zu ziehen (mit Unterstützung vom BBU, vom Naturschutzbund NRW und anderen). Gleichzeitig bereiten wir uns konkret auf das Sammeln von möglichst vielen Einsprüchen vor. Daher möchten wir jetzt mit eurer Unterstützung die Kampagne "100 x 100 UAA-Einsprüche" starten.

1996 wurden gegen die UAA-Erweiterung von 1000t UTA/a auf 1800t UTA/a rund 8000 Einsprüche erhoben. Um unserem Widerstand mehr Nachdruck zu verleihen, versuchen wir diese Zahl zu übertreffen. Wir halten es für realistisch, daß jede interessierte Initiative, jeder Naturschutzverein oder ein Eine-Welt-Laden pro Stadt mindestens 100 Einsprüche innerhalb der zweimonatigen Einwendungszeit sammeln kann.

Wenn sich mindestens 100 Initiativen und Organisationen verbindlich dazu bereit erklären, in ihrer Stadt oder in ihrem Verband mindestens 100 Einsprüche zu sammeln, kämen mindestens 10.000



Bunte Fahnen gaukeln ein Positiv-Image vor: die UAA Gronau

Einsprüche zusammen. Natürlich wird sich die UAA-Erweiterung nicht nur durch Einsprüche stoppen lassen, weitere Aktivitäten sind erforderlich. Aber mit dieser Einspruchskampagne wird es vielen möglich, auch Gruppen, die nicht ständig in Gronau präsent sein können, aktiv zu werden. Zweite Phase der Kampagne wäre eine kreative Vorbereitung und Ausgestaltung des folgenden Erörterungstermins, der etwa 6 Monate nach Einspruchsende stattfinden soll.

Unterstützt bitte folgenden Aufruf:

Wir, die unterzeichnenden 100 Initiativen und Organisationen, erklären hiermit unseren Willen, in unserer Stadt / in unserer Organisation möglichst mindestens 100 Einsprüche, gegen den beantragten Ausbau der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) von genehmigten 1800t Urantrennarbeit pro Jahr (UTA/a) auf 4500t UTA/a und gegen den beantragten Neubau eines "Zwischen"lagers für ca. 60.000 Tonnen Uranoxid auf dem UAA-Gelände Gronau, zu sammeln.



Vor dem UAA-Gelände in Gronau

Zur Unterstützung des örtlichen Widerstandes ist es unser Etappenziel, gemeinsam 10.000 Einsprüche im Rahmen der sogenannten Öffentlichkeitsbeteiligung zu sammeln. (Hauptziel ist natürlich die Stilllegung der Anlage).

Der genaue Beginn der zweimonatigen Einwendungsfrist steht noch nicht fest, kann aber bereits Anfang 2003 erfolgen. Konkrete Informationen werden vom Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau verbreitet, bei dem auch vorgefertigte Einwendungslisten erhältlich sein werden.

Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit, eine Einspruchsliste nordrhein-westfälischer Naturschutzverbände zu nutzen und / oder eigene Einsprüche zu verfassen. Viele und vielfältige Einsprüche tragen sicherlich dazu bei, daß das Genehmigungsverfahren zumindest nicht kurzfristig mit einer Genehmigung endet.

Wir sind damit einverstanden, daß der AKU Gronau die Namen unserer Initiativen und Organisationen zur Förderung der Kampagne "100 x 100 UAA-Einsprüche" auf Flugblättern, in Presseklärungen etc. veröffentlicht. Gleichzeitig rufen wir weitere Initiativen und Organisationen dazu auf, ebenfalls diese Erklärung zu unterstützen und zur gegebenen Zeit möglichst viele

Einsprüche zu sammeln.

Ganz kurz für die, die es vielleicht noch nicht wissen: Die UAA Gronau steht für den weiteren Ausbau der Atomenergienutzung, ihr Betrieb ist mit zahllosen Urantransporten verbunden, die UAA vergrößert das Atommüllproblem, ihr Betrieb setzt den menschenfeindlichen Uranabbau voraus, usw. Nähere Informationen gibt es beim Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, c/o Siedlerweg 7, 48599 Gronau, Tel. 02562/23125, Fax: 02565/97781, e-mail: info@aku-gronau.de, www.aku-gronau.de.

Bitte richtet Unterstützungserklärungen für diesen Aufruf an den AKU Gronau.

Kontakt

Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Mitglied im Bundesverband Buergerinitiativen
Umweltschutz (BBU) e.V.
Siedlerweg 7, 48599 Gronau
Tel.: 02562-23125, PC-Fax: 02565-97782
E-mail: info@aku-gronau.de
Homepage: <http://www.aku-gronau.de>

Nikolaus gefährdet Sicherheit im Gefängnis

Vor wenigen Tagen berichtete ich über eine Regierungsrätin X, welche seit dem 11.11.02 in der Haftanstalt in Bruchsal ihren Dienst tut und unermüdlich für Recht und Ordnung kämpft. Objekt Ihres Kampfes kürzlich waren Luftballons, welche ich, ein Gefangener unter der "Obhut" jener Regierungsrätin X, gerne bekommen hätte, jedoch nicht erhielt.

[<http://www.indymedia.org/2002/12/36137.shtml>]

Am 10. Dezember 2002 bereicherte o.g. Dame erneut die Rechtsgerichte um einen Vorgang; einen Vorgang, der der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden soll.

Zum besseren Verständnis sei folgendes vorausgeschickt: die JVA ist befugt den Schriftwechsel der Insassen inhaltlich zu überwachen, wenn dies aus Gründen der Behandlung, der Sicherheit oder der Ordnung erforderlich ist [§ 29 Abs.III StrVollzGes; Hinweis: über www.knast.net kann online eine Ausgabe des Strafvollzugsgesetzes eingesehen werden]. Und § 180 Abs. VIII StrVollzGes gibt der Gefängnisleitung die Möglichkeit, soweit dies notwendig ist, Briefe oder Teile davon in Kopien zu den Akten zu nehmen.

Die Heldin in unserer Geschichte, o.g. Frau Regierungsrätin, hatte am 9.10.02 einen Brief zu überwachen in welchem ich ironisch darüber lamentierte, dass der Nikolaus es versäumt habe, mir am 6.12.02 die bereit gestellten Schuhe mit Feile, Säge und Seil zu füllen. Was muss dies für ein Erdbeben in der Anstaltsleitung ausgelöst haben!? Etwa ein versteckter Hinweis für eine bevorstehende Flucht, einen Ausbruch??

Nur nebenbei: der Brief adressiert an eine Gefangene (!) in der JVA G. Nun, wir werden niemals erfahren welche Erschütterungen diese Passage über den unzuverlässigen Nikolaus auslöste, jedoch erfuh ich, dass diese vom Sekretariat der JVA sauber getippt in Kopie zu den Akten genommen wurde, da sie die "Sicherheit der JVA" berühre und von Relevanz für künftige Entscheidungen über die gegen mich bestehenden Sicherungsmaßnahmen (ich sitze seit 3 Jahren in strenger Einzelhaft) sei.

Ich habe noch am gleichen Tag das zuständige Gericht angeschrieben, auf dass nun Richter sich Gedanken über den Nikolaus machen mögen- und Ihr /Sie werden ahnen, vielleicht auch befürchten: sollte sich in dieser "Nikolaus- Affäre" etwas tun, werde ich darüber berichten, auf dass möglichst viele Menschen von der Kreativität von Frau Regierungsrätin X erfahren und sie loben und preisen.

Noch zwei, drei solche Entscheidungen von ihr und sie sollte für das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse vorgeschlagen werden!

Mit winterlichen Grüßen aus dem kalten Bruchsal:

Thomas Meyer- Falk
c/o JVA- Z. 3117
Schönhornstr.32
D- 76646 Bruchsal



Der Verein "Kinder von Tschernobyl" e.V. Sachsen-Anhalt stellt sich vor

Kinder von Tschernobyl Am 27. 03.1991 gründete sich der Verein "Kinder von Tschernobyl" e.V. im Land Sachsen-Anhalt. Der Verein verfolgt auf der Grundlage humanitärer, sozialer und ökologischer Interessen ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Der Verein "Kinder von Tschernobyl" e.V. konzentriert seine Arbeit hauptsächlich auf zwei Schwerpunkte:

- Erholungsaufenthalte von Kindern aus den verstrahlten Gebieten
- Hilfstransporte

Zum Verein gehören vier Regionalgruppen:

- Haldensleben
- Stendal
- Magdeburg
- Harz

Der Verein "Kinder von Tschernobyl" e.V. arbeitet eng mit dem Komitee Minsk Bellerussische Gemeinnützige Stiftung "Den Kindern von Tschernobyl" zusammen. Von hier aus werden die Kinder für die Erholungsaufenthalte in Deutschland ausgesucht. Unsere weiteren Ansprechpartner sowie auch Patenstädte sind:

- Minsk
- Gomel
- Juratischki

- Pinsk
- Baktshchi

Der Verein wird durch das Ministerium für Gesundheit und Soziales Magdeburg bei den Erholungsmaßnahmen für die Kinder aus den verstrahlten Gebieten finanziell unterstützt.

Es ist Ziel und Aufgabe des Vereins, strahlengeschädigten Kindern aus den betroffenen Gebieten um Weißrussland eine Erholung in Deutschland zu ermöglichen.

Die Kinder werden persönlich von den Regionalgruppen eingeladen, wo sie auch durch Gasteltern herzlichst aufgenommen werden. Hier erleben sie bei Sport, Spiel und Erholung unvergessliche Ferientage und gleichzeitig kann sich ihr Immunsystem wieder etwas stärken. Die Hilfsbereitschaft unter den Gasteltern ist sehr groß. Auch werden auf diesem Wege einige Freundschaften zu den Kindern sowie auch zu ihren Eltern geknüpft. Ein Erholungsaufenthalt über 21 Tage in einer unverschmutzten Gegend kann die Blutwerte verbessern und den psychischen und physischen Zustand der Kinder wieder etwas aufbauen.



1. Der Verein führt jährlich 2 Hilfstransporte durch, dies ist durch die große Spendenbereitschaft der Bürger Sachsen-Anhalts möglich.

Es werden die Bedürftigen von uns selbst ausgesucht, so arbeiten wir eng mit dem Invalidenverein in Pinsk, dem Infektionskrankenhaus in Molodkowschtsche, der Musikschule Pinsk und mit einigen Kindergärten zusammen. Die Hilfsgüter werden vor Ort von den Vereinsmitgliedern verteilt.

2. Es werden jeden Sommer für 21 Tage Kinder aus den verstrahlten Regionen nach Sachsen-Anhalt eingeladen.

3. Die Musikschüler der Musikschule in Pinsk sind jedes Jahr 3 Wochen vor Weihnachten bei uns zu Gast. Es werden Konzerte durchgeführt wie z.B. bei verschiedenen Gruppen der Volkssolidarität, DRK-Kreisverband Ohrekreis, Altenheimen und in Kirchen.



Was geschah am 26.04.1986 - warum wurden Menschen sinnlos geopfert?

Kinder von Tschernobyl "Der Unfall von Tschernobyl, ist nach seinem Umfang und dem Ausmaß der Folgeschäden auf unserem Planeten eine der gewaltigsten Katastrophen in der Geschichte der Menschheit."

In der Nacht vom 25.04.1986 um 1 Uhr 23 Minuten Ortszeit, sollte der Reaktorblock 4 im Atomkraftwerk-Tschernobyl abgeschaltet werden. Die Ingenieure nutzten dies zu einem Experiment, dass sie dann nicht beherrschten. Der Reaktorblock Nr. 4 erreichte das Hundertfache seiner Nennleistung. Die Brennstäbe barsten, eine gewaltige Explosion hob das Dach des Gebäudes hoch, blaurötliche Flammen erhellten den Nachthimmel, tonnenweise wurden hochradioaktiver Brennstoff und verstrahlte Betonbrocken aus dem brodelnden Inferno emporgeschleudert.

Es war zur Kernschmelze mit Dampfexplosion gekommen und Radioaktivität wurde freigesetzt. Die radioaktive Staubwolke senkte sich auf die nördliche



Auch heute, 16 Jahre nach der Katastrophe werden immer noch neue Areale entdeckt, die durch den Fallout von Tschernobyl verstrahlt sind; Gebiete, in denen Menschen bislang glaubten, gefahrlos wohnen zu können, wo Vieh auf die Weide getrieben und Getreide angebaut wird.

Einträchtig versuchten seither Politiker, Wissenschaftler und die internationale Atomlobby die Folgen der Katastrophe zu vertuschen.

Anfang 1990 hatten die amtlichen sowjetischen Stellen die Größe des verseuchten Gebietes mit rund 100 000 Quadratkilometer angegeben, einer Fläche, die etwa der früheren DDR entspricht. Das Bemühen, solche verstrahlten Flächen wieder nutzbar zu machen ist unmöglich - es wäre eine nutzlose Strahlenkosmetik - ...so die Aussage des Kernphysikers Tschernosenko, denn es wurde so viel Strahlung freigesetzt, als seien rund 80% der Reaktorblockbrennstoffes, also 160 Tonnen verstrahlt.

Diese gewaltigen Mengen radioaktiver Substanzen aus dem verstrahlten Boden zu entfernen sei praktisch unmöglich, auf ihren natürlichen Zerfall zu warten bleibe eine "Müßige Hoffnung"- denn erst in 1000 Jahren wird die Strahlung auf ein Tausendstel reduziert sein.



Ukraine nieder und vor allem über Belorussland, legte sich auf die Felder, Wälder und Städte, vergiftete Menschen, Tiere und Trinkwasserreservoirs. Auf mehreren Bahnen drang sie nach Westeuropa vor. Radioaktive Partikel umkreisten den Erdball und sind bis heute überall nachweisbar.

"Kinder von Tschernobyl" e.V.

... es ist wichtig zu verstehen, dass Schutz und Rettung der Kinder von Tschernobyl und Umgebung gleichzeitig Schutz und Rettung der Menschheit ist.

Deshalb richten wir, der Verein "Kinder von Tschernobyl", an alle Menschen guten Willens diesen Appell, humane Gefühle und Barmherzigkeit für die Opfer von Tschernobyl entgegenzubringen.

Ihre Spende macht es möglich, dass den strahlenbelasteten Menschen in den durch den Reaktorunfall in Tschernobyl betroffenen Gebieten dringende humanitäre Hilfe zuteil wird.

Die Menschen, vor allem die Kinder, brauchen dringend unsere Hilfe.

Unser Spendenkonto lautet:

Kto: 166 80 05
BLZ: 810 932 74
Volksbank Magdeburg

Unsere Anschrift lautet:

Verein "Kinder von Tschernobyl"
e.V. im Land Sachsen-Anhalt
Umfassungsstr. 76
39124 Magdeburg
Tel.: 0391/251 12 84
Zentrum für Menschenrechte



Tanzende Araber

Der erste Roman von Sayed Kashua

Unweit von Tel Aviv, im arabischen Dorf Tira verbringt der Erzähler seine Kindheit. Er wächst mit den Geschichten über den Großvater und die Vertreibung aus dem ursprünglichen Dorf auf. Sein Vater war zwei Jahre im Gefängnis weil er an einem Anschlag auf eine Universitätscafeteria beteiligt war - doch der Sohn kann nicht einmal eine palästinensische Fahne zeichnen. "Die Juden" kennt er nur aus den Erzählungen der Erwachsenen, obwohl sie in den Nachbardörfern leben.

Da ist es eine Kuriosität als jüdische Arbeitskollegen zu Besuch kommen. Nachdem er den begehrten Platz bekommen hat, wechselt er auf ein Internat in Jerusalem, und ist plötzlich der einzige Araber in der Klasse.

Schlagartig und unvorbereitet ist er mit der anderen Kultur konfrontiert. Ein Außenseiter, dem alles fremd und der alles anders gewohnt ist. Hinzu kommt der Druck aus dem Elternhaus, und Demütigungen verschüchtern ihn endgültig.

Nur langsam lernt er die jüdische Kultur kennen, die so verschieden von seiner eigenen ist und er erfährt immer wieder alltägliche Diskriminierungen. Es entsteht der Wunsch nicht aufzufallen, er versucht sich anzupassen und möglichst so zu sein wie die Juden; sein Aussehen, das Sprechen, ja sein Verhalten zu verändern.

Doch dies kann nicht funktionieren. Er steht weiterhin zwischen den Stühlen und zerbricht daran. Nun bringt weder sein Studium die von den Eltern gewünschten Ergebnisse, noch verläuft die Ehe glücklich...

Der Roman thematisiert die Probleme zwischen jüdischer und palästinensischer Seite der israelischen Gesellschaft, die aufgrund fehlenden Engagements beider Gruppen auch nach 50 Jahren nicht gelöst sind. Man lebt noch immer meist nebeneinander her, wobei die einen Bürger zweiter Klasse sind. Für eine differenzierte Betrachtung sind meist die Auseinandersetzungen um die besetzten Gebiete zu dominierend und zu stark werden beide Themen miteinander verbunden.

"Tanzende Araber" beschreibt den Versuch einer Identitätsfindung - im Konflikt zwischen den arabischen Traditionen der Familie und des Dorfes und dem modernen, westlich orientierten Leben in den israelischen Städten. Zwischen Diskriminierung durch die jüdische Mehrheit und dem Bedürfnis dazugehören zu wollen.

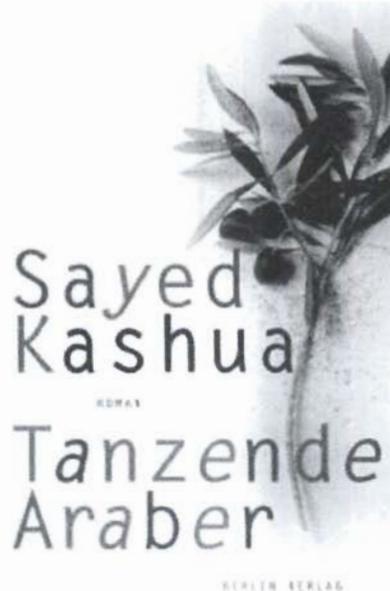
Insofern beschreibt es Erlebnisse und Gefühle die für viele palästinensische Israelis der Generation des Autors sprechen, auch wenn der Umgang damit sicher unterschiedlich ist.

Durch die Lebensgeschichte eines jungen Palästinensers werden verschiedene Facetten der israelischen Gesellschaft und daraus entstehende Widersprüche an vielen kleinen aussagekräftigen Beispielen aufgezeigt. Die Geschichten sprechen für sich, nüchtern erzählen sie die Realität, ohne in direkte Kritik oder einseitige Schuldzuweisungen zu verfallen.

Der Autor Sayed Kashua, selber ein junger palästinensischer Israeli, dessen Biographie Parallelen zum Leben seines Erzählers aufweist, hat seinen ersten Roman in Hebräisch geschrieben. Dies hat in Israel für Aufmerksamkeit gesorgt und einen Bestseller aus dem Buch gemacht. Ein kleiner Beitrag um die Situation der

Unwissenheit über die andere Seite und gegenseitige Mißverständnisse zu entschärfen, doch leider werden wohl nur ohnehin aufgeschlossene jüdische Israelis zu diesem Werk greifen. Andererseits dürften Sprachwahl und Erzählweise auch auf der palästinensischen Seite für Kritik gesorgt haben.

Wer sich für den Nahen Osten interessiert wird in



diesem Buch eine unterhaltende Lektüre finden und gleichzeitig tiefe Einblicke in einige Aspekte des israelischen Alltags bekommen. Wer das Land kennt, wird sicher ganz unmittelbar in die Szenerie eintauchen können, aber wird neben bekannten Situationen auch auf neue Perspektiven stoßen.

Zum Buch

Sayed Kashua, Tanzende Araber, Berlin Verlag 2002, ISBN 3-8270-0491-8, 280 S. Gebunden, 19 Euro

Aus dem Hebräischen von Mirjam Pressler

kulturtotes magdeburg für farbkleckse und ein buntes leben für ein links-alternatives, sozio-kulturelles hausprojekt

R.H. seit der räumung des "ULRIKE-MEINHOF-HAUSES" am 01.09.2002 sind die ehemaligen hausbewohnerInnen immer noch bodlos. zugleich wurde zahlreichen jugendlichen ein lebens- und freiraum genommen, in dem sie ihre ideen und fähigkeiten verwirklichen und entwickeln konnten - jenseits von gesellschaftlichen werten und normen eines auf kapitalistischer verwertungslogik basierenden systems.

da ein neues hausprojekt eine notwendigkeit für ein kollektives zusammenleben und für die schaffung von soziokulturellen, welpolitischen und alternativen projekten darstellt, und das steht für die ehemaligen hausbewohnerInnen, und ihre unterstützerInnen im vordergrund, fordern sie ein geeignetes objekt zum nutzungsvertrag von der stadt magdeburg.

neben vielen anderen verhandlungsgesprächen mit den städtischen behörden und parteien, fand vor kurzem auch ein treffen mit den gleichstellungsbeauftragten statt. nach aussagen von anwesenden ehemaligen hausbewohnerInnen entgegnete ein großteil der stadtvertreter den hausbewohnerInnen, wie bei fast allen gesprächen, mit vorgefertigten

Abschluss-Presserklärung:

"Die Freiheit im Knast bewahren"

AntiCastorNetz Unter dem Motto "Die Freiheit im Knast bewahren" fand vom 27.-29. September in Magdeburg ein Knasttraining statt. Inhalte waren u.a. die rechtlichen Rahmenbedingungen im Gefängnis, Erfahrungsberichte aus dem Knastalltag, Rollenspiele und Ansatzpunkte für die politische Nutzung von Knastaufhalten. Mit dabei war ein Referent, der über mehr als zwanzig Jahre in der westdeutschen Friedensbewegung Erfahrungen mit der politischen Gefangenen-Unterstützung gesammelt hat.

Der Alltag politisch engagierter Menschen ist geprägt von Repressionen der staatlichen Institutionen. Überwachung, Platzverweise, willkürliche Personalienfeststellungen, polizeiliche Übergriffe, Freiheitsentzug sind Methoden der Einschüchterung und Unterdrückung von politisch Andersdenkenden. Diskriminierende Abtastung von Menschen in der Öffentlichkeit z.B. vor Demonstrationen sind "ganz normal". Die härteste legale Repressionsstufe ist hierzulande der Freiheitsentzug, der Knast.

Nicht nur die BewohnerInnen der Ulrike mussten sich in letzter Zeit des öfteren in Zellen aufhalten. In Bußgeld- und Strafverfahren werden Menschen für ihren legitimen Widerstand gegen ein menschenverachtendes Herrschaftssystem verurteilt. Freiheitsentzug ist oft die Folge.

Ziel des Knasttrainings war die Vorbereitung auf politische Knastaufhalte und die Information über Möglichkeiten der Unterstützungsarbeit für politische Gefangene. Diese Veranstaltung kann als Vorbereitung auf bevorstehende Knastaufhalte in Magdeburg verstanden werden.

"Knast ist eine krasse Form von Herrschaftsausübung. Irgendwer definiert sich als EntscheidungsträgerIn über Freiheit und Leben von anderen. Das wird von einem Großteil der Gesellschaft als normal und unvermeidbar hingenommen", sagt ein TeilnehmerIn des Trainings. "Herrschaft ist Fremdbestimmung. Zu einer emanzipierten Gesellschaft gehört, dass Menschen selbstbestimmt leben können. Deshalb lehnen viele von uns das bestehende System ab. Betreffend freiheitsentziehender Maßnahmen leiten sich daraus folgende Forderungen her: Abschaffung aller Knäste! Freiheit für alle (nicht nur politischen) Gefangenen!"

meinungen und hohlen phrasen. dabei maßte man sich sogar an, und das in anbetracht der sich kontinuierlich entwickelnden rechtsextremistischen scene in magdeburg, alternatives leben mit rechtsextremismus gleichzusetzen ("WIR HABEN RECHTSEXTREMEN KEINEN JUGENDCLUB GEGEBEN, also wieso sollte man dann linksextremisten ein haus geben?"). nur ein geringer teil distanzierte sich offen von diesen äußerungen.

solche gespräche und die mediale ausschlachtung durch die volksstimme aufgrund der ablehnung eines hausangebotes in der porsestraße, welches die hausbewohnerInnen aufgrund der größe von 10.000 m² nicht tragen könnten, beweisen dass die stadt nicht gewillt ist, ein angemessenes objekt zu genehmigen.

ULRIKE HIER; BAMBULE DORT - WIDERSTAND AN JEDEM ORT FÜR VIELE BUNTE FREIRÄUME IN DIESEM KALTEN LAND

Repressionsschutz und kreative Antirepression

Aktiv gegen Repression

Ob bei Aktionen gegen Herrschaft und Verwertung im Ganzen oder dem Protest gegen Diskriminierung, Umweltzerstörung usw. immer steht der Staat und die herrschende Rechtsordnung mit seinen Organen gegen uns. Die drohende Gewaltanwendung reicht vom Bullenknüppel bis zur Gefährdung von Ausbildung oder Arbeitsplatz, Druck im sozialen Umfeld oder psychische Einschüchterung. Angst vor solcher Repression kann zur Handlungsunfähigkeit führen.

Um das zu verhindern, ist es nötig, die Folgen abzuschätzen, Hilfe, Solidarität und Schutz zu organisieren und zu lernen, mit umzugehen mit dem Ziel, aus der Ohnmacht auszubrechen, handlungsfähig zu bleiben, vom Opfer zum/r AkteurIn zu werden. Selbst im Gerichtssaal, auf der Polizeiwache und im Knast gibt es Möglichkeiten, Inhalte zu transportieren und weiterhin aktiv zu bleiben, leichter ist es bei der Festnahme, im Bullenkessel, vor Bullenkettens usw.

Ziel ist ein doppeltes: Zum einen verschafft die Handlungsfähigkeit Chancen der Vermittlung von Herrschaftsverhältnissen nach außen, zum anderen hilft sie gegen Ohnmachtsgefühle und Einschüchterung. Daher greifen Antirepression (Repressionsorgane und -handlungen attackieren oder demaskieren) und Repressionsschutz (Schutz vor den Folgen der Repression wie Strafen) ineinander - die Antirepression hilft gegen das fatale Ohnmachtsgefühl, das Ausgeliefertsein gegenüber der Staatsgewalt, in der dann dem Druck z.B. zu Aussagen nachgegeben wird. Und der Repressionsschutz, also das Wissen um Unterstützung und Solidarität, hilft beim offensiven Umgang mit der Repression.

All das wird einfacher zu erreichen sein, wenn Gruppen und AkteurInnen, die Rechtshilfe und Repressionsschutz organisieren, mit denen kooperieren, die kreative Antirepressionsideen entwickeln und trainieren. In Broschüren, auf Internetseiten, bei Infoveranstaltungen und Seminaren sollten immer beide mit dabei sein und sich ergänzen denn zu einer emanzipatorischen Politik gehört beides:

Der Schutz vor und der gut nach außen vermittelte Angriff auf Repression!

a. Angst vor Überwachung

Oft führt bereits die Erwartung von Überwachung in Form von Wanzen oder Spitzeln zu Einschränkungen der Vernetzung, der Transparenz usw. Soziale Kontakte in politischen Gruppen werden eingeschränkt, was Dominanzen und Unsicherheit fördert. Der Staatsapparat tut also nichts, außer die Gewissheit zu streuen, daß es den Verfassungsschutz, den Staatsschutz, Überwachung usw. gibt - und erzielt damit Wirkung: Konspirativität statt Transparenz. Verängstigung statt Kreativität. Dominanz statt Offenheit.

Wichtig ist daher das Abwägen zwischen den tatsächlichen Risiken und dem Nutzen in Form von mehr Menschen, die informiert und aktiv sind. Zum Beispiel die Frage was die staatliche Seite mit den Informationen tatsächlich anfangen könnte oder in wie weit mehr Personen die Aktion bereichern würden.

Gefahr "von oben": Konspirativität kann Dominanzen massiv steigern, wenn Strukturen auch innerhalb der Gruppe nicht mehr gleichberechtigt einsehbar und Informationen zugänglich sind. Zudem fördert Konspirativität die Gefahr der Bespitzelung: In einer anonymen und ersten Atmosphäre fällt es besonders leicht sich bedeckt zu halten und genau heraus zu filtern was geplant ist.

Chance "von unten": Eine politische Gruppe muß auch eine soziale Gruppe sein - also mit der direkten Beziehung zwischen Menschen, mit Offenheit und dem Willen zur Gleichberechtigung. Das kann Ängste abbauen. Wer den Umgang mit Repression

diskutiert, Handlungsmöglichkeiten auslotet und trainiert, baut einen Teil der Angst und Unsicherheit ab.

Ständige Konspirativität zerstört Vertrauen, hemmt Aktivität und Kreativität. Davon unabhängig ist, daß bei bestimmten Aktionen keine Transparenz möglich ist - das aber ändert nichts daran, daß eine emanzipatorische politische Bewegung grundsätzlich offen, gleichberechtigt und in direkter, sozialer Interaktion organisiert sein soll.

b. Angst vor schlagenden Bullen, Strafen und dem "längeren Hebel" der Justiz

Keine Frage, diese Angst ist begründet und nachvollziehbar. Manchmal verbergen sich dahinter aber ein übertriebenes Bild der Gesetzeslage und Horrorgeschichten, oft aber auch die Unsicherheit und Angst vor Bullen, Knästen usw. sowie fehlende Ideen und Übung, damit umzugehen.

Wichtig ist es zum einen, die eigenen Rechte und Möglichkeiten zu kennen (wie lange muß ich höchstens in Gewahrsam sitzen, wie bekomme ich



Kontakt nach außen...) und diese gegenüber der Polizei o.ä. auch klar zu vertreten. Zum anderen hilft, auch weiter die Inhalte, die mensch mit der vorangegangenen Aktion transportieren wollte, deutlich zu machen.

Zumindest Festnahme, Kontrollen, Personalienaufnahme oder Gerichtsprozeß laufen öffentlich und sind somit weiter Teil der Aktion. Selbst auf dem Polizeirevier oder im Knast können weiter Inhalte vermittelt werden sie erreichen andere Gefangene und helfen einem selbst, sich nicht vollständig handlungsunfähig und ausgeliefert zu fühlen.

Politische Vermittlung und Antirepression haben aber nichts mit Aussagen zu tun. Die Fragen der Bullen können höchstens Anlaß sein, eigene Themen zu setzen, niemals dagegen sollten "Anna und Arthur" Namen, Tathergänge schildern, über sich oder andere reden usw. Doch das schränkt kaum ein: vom antistaatlichen Lied, Brecht- oder Mühsam-Gedicht bis zu lautem Nachdenken über das beschissene Leben von Bullen in der Herrschaftsstruktur ist alles möglich. Oder einfach Blödsinn: Die laufende Waschmaschine oder der hungrige Hund zuhause (am besten, wenn mensch sowas gar nicht hat!).

Gefahr "von oben": Kreative Antirepression, also der offensive Umgang mit den Organen der Repression, darf nicht zu Leichtsinns führen. Bullen und Spitzel trainieren Verhörmethoden. Es gibt "gute" und "böse" Bullen. Beide wollen Dich für sie gewinnen. Daher: Klar eine eigene Strategie durchziehen (am besten vorher in der eigenen Gruppe üben und immer wieder hinterfragen), sonst aber lieber schweigen! Schweigen ist immer richtig! Antirepression soll die Handlungsmöglichkeiten erweitern, mehr vermitteln, aber das Schweigen bleibt als Möglichkeit

immer da! Kreative Antirepression verstärkt Dominanzen und die Gefahr der Kriminalisierung, wenn scheinbare "HeldInnen" andere zu Experimenten verführen, ohne das eine politische Auseinandersetzung und das Training stattgefunden haben. Zudem kann Antirepression im Einzelfall Aggressionen bei Bullen oder RichterInnen schüren. Das muß Teil der Trainings und Diskussionen sein in gut überlegten Fällen kann das sogar gewollt sein.

Chance "von unten": Trainings und Diskussionen zu Antirepression helfen, sich handlungsfähig zu machen, sich immer der eigenen Position gewiss zu sein und diese zu artikulieren. "Ich bin hier nur für einen begrenzten Zeitraum, die staatliche Seite ist in den Strukturen gefangen" kann auch mental befreiend wirken gegenüber der ausschließlichen Reduzierung auf das schweigende Opfer von Repression. Wichtiger aber ist noch die Chance, Repression selbst zum Ausgangspunkt politischer Arbeit zu machen

c. Repressionsschutz

Wichtig sind die Rechtshilfestrukturen wie Ermittlungsausschüsse (EAs) oder die dauernde politische Arbeit z.B. von Roter oder Bunter Hilfe. Seminare, Vorträge, direkte Beratung und Mitwirkung in Vorbereitungsgruppen von Aktionen sind sinnvoll, um Hilfestellung zu geben und die Agierenden zu stärken. Hinzu kommen finanzielle und juristische Unterstützung sowie das Wissen, daß mensch nicht alleine mit der Repression klar kommen muss.

Gefahr "von oben": Wenn Repressionsschutz intransparent erfolgt und die, denen die Hilfe gilt, in Abhängigkeit belässt statt ihnen Handlungsmöglichkeiten und Solidarität zu vermitteln, werden Dominanzen verstärkt. Dieses ist zur Zeit immer wieder Praxis des Repressionsschutzes z.B. in der Reduzierung auf Anweisungen, Hinweisen für "richtiges" Verhalten und der Weitergabe einer Telefonnummer ohne genaue Information, was dahintersteht. Das bringt die AktivistInnen in ein doppeltes Ausgeliefertsein dem Staat und der Hilfe von "irgendwo da draußen" gegenüber.

Noch schlimmer wird das, wenn Solidarität und Hilfe selektiv sind, also AktivistInnen nicht mehr sicher sein können, ob sie solche erhalten - z.B. weil sie ungeliebten politischen Strömungen angehören. Viel schlimmer als die intransparente, nicht die Handlungsmöglichkeiten der AkteurInnen selbst stärkende Form des Repressionsschutzes ist kein Repressionsschutz. Vor allem große NGOs, die zudem meist staatsorientierte Positionen vertreten (und damit die repressionsausübende Instanz bejahen), informieren ihre AktivistInnen oft gar nicht zu diesem Thema.

Chance "von unten": Repressionsschutz gehört zu einer widerständigen politischen Bewegung dazu. Die Menschen, die sich um solchen kümmern, sind wichtiger Teil des Ganzen. Wenn sie sich als solche auch in den Aktionsvorbereitungen bewegen, können sie viel dafür tun, daß Vertrauen entsteht und Menschen selbstbestimmt entscheiden können, welche Aktionen sie umsetzen wollen.

Daher sollten sich Rote und Bunte Hilfe sowie alle anderen, die sich um Repressionsschutz kümmern wollen, offensiv in die Diskussionen um Aktionen einbringen, direkte Kontakte knüpfen und direkte Rücksprachen mit Aktionsgruppen schon vor den Aktionen treffen. Das setzt Vertrauen voraus und das wiederum entsteht nicht allein über eine Telefonnummer auf dem Unterarm.

d. Trainings, Infrastruktur und Diskussionen für den Umgang

Den Umgang in Verhören, im Gerichtssaal, bei der Festnahme usw. sollte mensch trainieren und diskutieren, z.B. auf Camps, in Seminaren und



EINE TYPISCHE KRIMINELLE VEREINIGUNG

Basisgruppen, Freundeskreisen, AKs usw. Das alles sind eine gute Gelegenheiten, sich Methoden anzueignen und sich selber auszutesten. Bei Aktionen können Info- und Trainingscenter/-treffpunkte geschaffen werden, wo Menschen vorher und währenddessen üben können, Informationen über Aktionsmöglichkeiten, die Örtlichkeit (Stadtpläne mit Markierungen), Rechtshilfe, Anlaufpunkte usw. bekommen. Auch hier gilt wieder, daß Transparenz hilft, Konspirativität viele Menschen in der Ohnmacht beläßt und Dominanzen stärkt.

Gefahr "von oben": Trainings dürfen nicht zum Machbarkeitswahn verleiten, außerdem wäre eine ausschließliche Fixierung auf den Umgang mit Repression stark einschränkend für die politische Arbeit.

Chance "von unten": Mit den Möglichkeiten, die Subversion, Vermittlung, passiver Widerstand usw. bieten, können Repressionsmaßnahmen zur zweiten Aktion (nach der Aktion, die zur Repression führte) gemacht werden. Das bietet große Chancen, stärker Öffentlichkeit zu erreichen und gerade die hinter Castoren, Nazis, Banken, Abschiebungen usw. stehenden Macht- und Verwertungsinteressen zu benennen, also nicht beim Ein-Punkt-Bezug stehen zu bleiben.

Die Repression ist eine Attacke der institutionalisierten Herrschaft auf die Kritik in der Sache - sie offenbart daher die Interessen, die hinter dem Kritisierten stehen. Das ist eine Riesenchance! Kein Bullenübergriff, keine Verhaftung, kein Prozeß und kein Tag Knast sollten ungenutzt vorübergehen. Sie bieten Ansatzpunkte für grundlegende Kritik und sogar für die Vermittlung von Visionen, denn wer Bullen und Knast ablehnt, wird auch insgesamt eine herrschaftsfreie Gesellschaft wollen!

e. Repressionsstrukturen und -maßnahmen angreifen
Nötig ist ein politischer und offensiver Umgang mit Repression, in dem auch der staatliche Repressionsapparat als solcher kritisiert wird, da dieser die herrschenden Verhältnisse mitproduziert und stabilisiert. Der Angriff auf Repression kann nicht nur dann erfolgen, wenn wir selbst betroffen sind. Knäste, Gerichte, Bullen, Überwachung, Ordnungsbehörden und Abschiebung sind immer grausam und Symbole einer herrschaftsförmigen Gesellschaft. Sie anzugreifen, kann Macht symbolisieren in Einzelfällen (Befreiung von Abschiebehäftlingen u.ä.) sogar Menschen direkt helfen.

Gefahr "von oben": Offensive Antirepression würde, wenn sie tatsächlich breiter stattfindet, Reaktionen zeigen und zwar auch seitens der Staatsmacht, die keine Lust hat, wenn ihre VS-Kontaktbüros in den Städten aufliegen (alle MitarbeiterInnen auf Fotoplakaten, die Büros und Autos ständig per Farbbeutel markiert ...), Bullenfahrzeuge platte Reifen oder Buttersäure im Kühlergrill haben, Gerichtstüren zugeklebt oder Wände verziert sind, Prozesse zu politischen Aktionen werden sowie Knäste mit Bildern und Parolen, Blockaden und Aktionen in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte gezerrt werden.

Diese Zuspitzung von Repression muß bedacht werden, ohne sich dadurch einschüchtern zu lassen. Denn die Reaktion des Staates ist auch ein Zeichen, daß es ihm wehtut und das ist, wenn verbunden mit öffentlicher Vermittlung, schließlich ein Ziel.

auch und gerade in der Demokratie, wo der Mythos gestreut wird, die Regierung handele im Auftrag der Menschen.

Tatsächlich ist sie die Elite des "Volkes" und Volk ist ein Konstrukt, daß von oben organisiert ist und bestimmt ist. Die Menschen müssen über ökonomische Abhängigkeit, mentale Zurichtung und Repressionsdrohung und -anwendung zu Rädchen im System geformt werden. Der Angriff auf diese zentralen Orte der Herrschaftsausübung (neben Repressionsorgane und Behörden noch Schulen, Unis, Betriebe, Arbeitsämter, Militär usw.) eröffnet Debatten, die über Ein-Punkt-Bezüge hinausgehen und visionäre Ziele vermitteln können. Das ist eine große Chance, eine Ausdehnung von Aktionen auf diese Ziele für eine emanzipatorische Politik sehr wichtig.

f. Antirepression und neue Interessierte?

Politische Arbeit soll so angelegt sein, daß sie offen ist, daß mehr Menschen aktiv werden können, daß Befreiung zu einem Prozeß wird immer mehr AkteurInnen wird. Kann kreative Antirepression dazu beitragen?

Gefahr "von oben": Wer neu in politische Zusammenhänge kommt, wird aktive Antirepression vielleicht als Überforderung wahrnehmen. Angst und Respekt vor Uniformierten sind vorhanden. Menschen, die scheinbar furchtlos diese symbolisch, subversiv oder direkt attackieren könnten so wirken, als würden sie "in einer anderen Liga spielen".

Zudem kann das Gefühl aufkommen, immer perfekt vorbereitet zu sein - was Vorsichtsmaßnahmen vergessen läßt. Selbstüberschätzung droht dann.

Chance "von unten": Kreative Antirepression muß begründet, geübt und immer wieder reflektiert werden. Es geht nicht (nur) darum, immer "besser" zu werden, sondern auch solche Aktionsformen zu einem Teil selbstbestimmter Politik zu machen. Wer sich Handlungsmöglichkeiten aneignet, kann Ängste überwinden und Selbstvertrauen gewinnen.

Kreative Antirepression z.B. in Gerichtssälen oder bei Festnahmen/Kontrollen bietet zudem auch für die AkteurInnen die Chance, sich mit Visionen jenseits vom Staat auseinanderzusetzen - angesichts der weitverbreiteten Rufe nach mehr Repression (härtere Strafen für Nazis und Vergewaltiger, internationaler Strafgerichtshof usw.) und damit mehr Herrschaft wäre das eine wichtige Debatte.

Die visionäre Debatte kann dabei auch Menschen aus der unreflektierten Gefolgschaft staats- und herrschaftsbeherrschender Gewerkschaften, Kirchen, NGOs und Parteien bzw. der reinen Zuarbeit für zentrale Kader- und Aktionsgruppen herausholen und sie für eine emanzipatorische Politik gewinnen.

Wichtig ist in jedem Fall, neuen AkteurInnen die Möglichkeiten von kreativer Antirepression UND Repressionschutz transparent zu machen (Seminare, Trainings, Infoveranstaltungen, Broschüren usw.).

Dieser Text ist kein Grundlagenpapier, sondern der Stand der Diskussion - so aktuell, wie Menschen Lust haben, das Papier zu überarbeiten ...

Quelle: www.projektwerkstatt.de/antirepression

Weiteres zum Thema:

<http://www.hoppetosse.net/>

<http://projektwerkstatt.de/>

Neuer Anlaufpunkt für Ökozeitschriften in Magdeburg

Innerhalb kurzer Zeit sind die Zeitschriftenbestände zur Ökologiebewegung im Blaue Welt Archiv deutlich angewachsen. Durch eine Kooperation mit den Greenkids sind nun u.a. die aktuellen Ausgaben folgender Zeitschriften dort zu finden: "Der Rabe Ralf", "Anti Atom Aktuell", "Greenpeace Magazin", "Greenpeace Nachrichten", "Robin Wood Magazin" und "Regenwald Report".

Besonders empfehlenswert ist diesmal die Sonderausgabe des Robin Wood Magazins zum 20 Geburtstag der Organisation. In dieser Zeitschrift wird die Geschichte Robin Woods dargestellt, dabei fallen die breiten Themenbereiche und Aktionsformen auf, die diese Organisation gewählt hat. Die Floßfahrten auf der Elbe und Havel finden ebenso Erwähnung wie Aktionen gegen Stromkonzerne und Atomkraft im Allgemeinen. Ziel der Aktionen von Robin Wood waren auch das Tropenholz und die Verkehrspolitik.

Ähnlich wie Greenpeace setzten sie in einem Teil der Aktionen auch auf die Macht der KonsumentInnen und versuchen Konzerne durch mögliche Negativwerbung zu einer Änderung ihrer Produktpalette o.ä. zu bewegen. Es werden u.a. auch Aktionen vorgestellt werden, an denen Magdeburger AktivistInnen teilgenommen haben, leider ohne hierbei Erwähnung zu finden.

Leute kommt ins BWA!

Das Blaue Welt Archiv (BWA) ist eine alternative Bibliothek mit sozial- gesellschafts- und umweltpolitischer Ausrichtung.

Im BWA finden auch verschiedene Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen und Buchlesungen statt.

Adresse und Öffnungszeiten siehe S. 19

"Löwenzahn" ein neues ProjektHaus in Magdeburg

Wir wollen ein neues Hausprojekt in Magdeburg-Buckau in Angriff nehmen. Dieses Haus soll ökologisch saniert und ausgebaut sein - also naturverträgliche Baustoffe, gute Isolierung, Solarkollektoren zur Wärmezeugung und Ökostrom per Photovoltaik. Und das sind nur einige Ideen.

Wir wollen in diesem Haus wohnen - zusammen und gemeinschaftlich, nicht nebeneinanderher wie in den meisten Häusern. Und wir wollen dort auch politisch und künstlerisch tätig werden.

Vielleicht entwickelt sich daraus ja auch eine Projektwerkstatt - eine Räumlichkeit, wo Leute einfach hinkommen und was tun, wenn sie grad Lust darauf haben. Ein Ort, der die Infrastrukturen für aktives Handeln bereitstellt.

Eine ganze Menge Ideen für Projekte in diesem Haus haben wir schon. Beispielsweise die offene Kleinkustbühne, ein alternatives Stadtteilkino, den Ökogarten oder das offene Büro.

Wenn du Lust hast, am Basteln dieser ProjektHausidee mitzuwirken, melde dich bei uns oder komme zu unserem nächsten Treffen (siehe Terminkalender S. 19).

Kontakt über:

Infotelefon 01 62-860 89 49:

infoladen@magdeburg.gruenesblatt.de

AK Bioregionalismus Sauerland

Unzensuriert

Was nützt die Idee von freien Menschen, die selbstständig und selbstorganisiert leben, wenn andere entscheiden sollten, was sie lesen und was nicht? Das war zumindest die Überlegung bei der Entscheidung, diesen Text abzudrucken.

Es handelt sich hierbei ganz klar um eine Gruppe aus dem ökofaschistischen Bereich. Wer die Texte liest, wird das merken. In der Ausgabe 3-2001 thematisierten wir "Rechte Ökologie".

Schwierig an deren Argumentation ist, dass vieles gefordert wird, was "gar nicht so schlimm" klingt. Erst bei näherer Betrachtung und Auseinandersetzung mit den Kernforderungen wird klar, dass es sich um rechte Argumentationsmuster handelt.

Der Umgang, das Erkennen solcher Argumentationen sollte geübt werden! Dieser Text hier gibt Gelegenheit dazu.

Zu offenen Fragen - Interview mit Leif-Thorsten Kramps:

In der Vergangenheit geriet Euer »AK Bioregionalismus Sauerland« und die von Euch herausgegebene Zeitschrift »Die Stachelbeere« immer wieder in das Visier von Antifaschisten/-innen. Diese Leute werfen Euch u.a. eine "ökofaschistische" Gesinnung vor. In antifaschistischen Publikationen wird der Bioregionalismus als "Blut und Boden-Ideologie" bezeichnet. Was sagst Du zu den Vorwürfen?

Mir hängt dieser Mist langsam zum Halse raus! Es müssen ja nicht alle mit uns einer Meinung sein. Ich habe auch nichts gegen Kritik. Mich nervt allerdings der Versuch gewisser Zeitgenossen den Bioregionalismus in eine Ecke zu drängen, in der er definitiv nicht hingehört. In der Tat sieht es so aus, dass man als Bioregionalist/-in zwischen den Stühlen sitzt, aber auch dort kann man es sich bequem machen. Die "Linke" beargwöhnt uns, weil uns angeblich ein "brauner Stallgeruch" anhaftet, die "Rechte" distanziert sich von uns, weil wir einen "gefährlichen Partikularismus" im Sinn haben und den Nationalstaat in Frage stellen. Die "Rechte" lässt uns in der Regel links liegen. Dagegen versuchen Teile der antifaschistischen "Linken" uns mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dabei scheuen diese Leute selbst vor den irrsinnigsten Behauptungen und bösesten Unterstellungen nicht zurück. Eine ernst zu nehmende inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Bioregionalismus findet so gut wie nicht statt.

Wie sieht denn Dein persönlicher politischer Werdegang aus?

20 Jahre, also im zarten Alter von fünfzehn. Durch einen Freund bekam ich Zugang zur Antifa- und Punkszene. Von dieser wandte ich mich jedoch schon bald enttäuscht ab. Dann begann meine Zeit als Monarchist und Kaiser-Wilhelm-Verehrer. Dabei war ich von dem was ich damals trieb, gar nicht so recht überzeugt. Meine politische Bewusstseinsbildung begann vor knapp es war einfach eine gelungene Provokation gegenüber einer linksliberal geprägten Umwelt (zu dieser Zeit besuchte ich die Gesamtschule). Später begann ich mich ernsthaft mit der "Neuen Rechten" zu beschäftigen, wobei mich deren Konzept des Ethnopluralismus als Gegenentwurf zur One-World besonders faszinierte. Anfangs hielt ich einen anti-imperialistisch und sozialrevolutionär geprägten Nationalismus für einen geeigneten Gegenentwurf zum liberal-kapitalistischen Eine-Welt-Gedanken. Allmählich setzte sich bei mir jedoch die Erkenntnis durch, dass der Nationalismus lediglich ein Produkt der Industrialisierung darstellt, ein Kind des 19.

Jahrhunderts ist, und zwangsläufig zu Transnationalismus und Globalismus führen musste. Daneben begann ich mich vor etwa zwölf Jahren für die heidnische Naturreligion unserer germanisch-keltischen Vorfahren als ökologische Glaubensalternative zu interessieren, denn eine tiefe Naturverbundenheit, ökologisches Engagement und Abscheu gegen Konsumbesessenheit und kulturelle Niveaulosigkeit hatten mich schon seit frühester Jugend ausgezeichnet. In den Bestrebungen der heutigen nord-amerikanischen Indianerbewegung nach einer Reorganisation der Stammesverbände, der Revitalisierung ihrer altüberlieferten Naturreligion und deren Einsatz zum Schutz ihrer natürlichen Um-Welt entdeckte ich ein Vorbild für Deutschland und Europa. Im Frühjahr 1995 kam ich erstmalig mit dem Bioregionalismus, der sich in den USA bereits Anfang der 70er Jahre aus Überbleibseln der Hippie- und Anarchobewegung entwickelte, in Berührung. Hierin sehe ich heute die für mich geeignetste Verbindung von fundamentalökologischem Engagement, heidnisch-naturreligiöser Spiritualität und einer neotribalen Identitätsstiftung.

Ich habe oft den Eindruck, als propagiere die bioregionalistische Bewegung eine Art Wald- und Wiesenkultur. Sind solche romantischen Vorstellungen angesichts der dramatischen Bevölkerungsentwicklung und der damit verbundenen weltweiten Verstärkung nicht geradezu utopisch?

Danke, dass Du dieses Thema ansprichst. Hier werden wir wohl, wie leider sehr oft, fundamental missverstanden. Städte sind wichtige Teile innerhalb einer Bioregion. Tatsache ist, dass 75 Prozent der Menschen in Europa, Australien und Nordamerika in Städten mit mehr als 25.000 Einwohnern leben. Die Menschheit entwickelt sich zu einer urbanen Spezies - ob uns das nun passt oder nicht! Die bioregionalistische Arbeit in den Großstädten ist sicherlich nicht einfach, aber bitter nötig - weil dort die Entfremdung von der Natur am größten ist. Im Jahr 1986 ermöglichte der San Francisco ansässige bioregionalistische Dachverband »Planet Drum Foundation« eine Serie von Fachkongressen, um eine ökologisch sinnvolle und nachhaltige Stadtentwicklung auszuarbeiten. Das Ergebnis dieser Tagungen veröffentlichte die Planet Drum Foundation 1989 in dem Buch »A Green City Program«. Seit 1990 werden in San Francisco die Ideen dieses bio-regionalistischen Grüne-Stadt-Programms Schritt für Schritt auch praktisch umgesetzt. Ziel ist es u.a., die naturfeindliche und parasitäre Großstadt San Francisco in eine sogenannte "Städtische Wildnis-Heimat" mit einer sozial verantwortlichen und nachhaltigen lokalen Wirtschaft umzuwandeln. Ich denke, das Beispiel San Francisco könnte zu einem Vorbild für ähnliche Projekte bei uns in Deutschland oder auch anderswo in Europa werden.

In der »Stachelbeere« übt ihr teilweise heftige Kritik an der gegenwärtigen liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftsweise der sogenannten westlichen Welt. Worin begründet sich Euer Antikapitalismus?

Das was Du als "antikapitalistisch" bezeichnest, ist nur ein Aspekt unserer anti-industrialistischen Grundhaltung. Die "traditionelle Linke" lehnt den Kapitalismus ab, weil er den Menschen als Individuum ausbeutet. Die "Neue Rechte" ist antikapitalistisch, weil der Kapitalismus die Völker, Traditionen und Kulturen vernichtet. Beide Seiten haben recht, jedoch bleibt sowohl die "Linke" als auch die "Rechte" mit ihrer Kapitalismuskritik einer beschränkten anthropozentrischen Betrachtungsweise verhaftet. Der Natur - den Pflanzen, den Tieren, den feinstofflichen Wesen und uns selbst -

kann es vollkommen gleichgültig sein, ob das Chemiewerk, das die Luft mit giftig-ätzenden Abgasen verpestet, oder ob die Straßenbaufirma, die den Wald, die Heimstatt unzähliger Lebewesen, rodet und die Landschaft mit Beton überzieht, sich in Besitz einer sozialistischen Genossenschaft oder aber in der Hand einer internationalen Aktiengesellschaft befindet. Leider ist der Industrialismus, auch seine kapitalistisch-privat-wirtschaftliche Variante, längst nicht nur ein Phänomen der "westlichen Welt". Der parasitäre Turbokapitalismus ergreift zunehmend von dem gesamten Erdball Besitz.

Also zurück zu den Pfahlbauten?

Warum eigentlich nicht? Nein im Ernst, wir müssen uns einfach fragen, ob die technische Entwicklung der letzten hundert Jahre eher einen Segen oder eher einen Fluch darstellt. Ich teile mit Theodore Kaczynski die Ansicht, dass sich für die Menschheit (und nicht nur für die Menschheit, sondern für alle Lebewesen auf diesem Planeten!) der technische Fortschritt zunehmend als Katastrophe erweist. Der technische Fortschritt macht den Menschen zum Krüppel. Kinder die von klein auf mit Fernsehen, Computer und Kino groß werden, sind kaum noch in der Lage eigene Bilder in ihren Köpfen entstehen zu lassen. Diese Kinder sind unfähig Visionen zu entwickeln, sie sind zu einem Dasein als multimedial dressierte Konsumtölpel verdammt.

Wie denkst Du über den Einsatz von alternativen bzw. regenerativen Energien (Solarenergie, Biomasse etc.), dessen Einsatz doch letztlich auch dem von Dir angeprangerten "technischen Fortschritt" zu verdanken ist?

Ohne Frage, mir ist der Einsatz von Wind-, Wasser- und Sonnenenergie tausendmal lieber als der Betrieb von Atomkraft- oder Kohlekraftwerken. Trotzdem sehe ich das Grundübel in dem immensen Energiebedarf der Industriegesellschaften. Ohne einer drastischen Drosselung unseres Energieverbrauchs, macht der Einsatz von Alternativen wenig Sinn. Das käme einem hochgradigen Alkoholiker gleich, der "wegen seiner Gesundheit" nur noch Wein aus biologischem Anbau konsumieren möchte. Ich glaube nicht, dass die Technik in der Lage ist, uns aus der ökologischen Krise herauszuführen.

Aber Ihr benutzt doch selbst die sogenannten Errungenschaften der Technik, wie z.B. Computer, E-Mail, Internet etc. Wie lässt sich denn das mit Deiner Technikfeindlichkeit vereinbaren?

Es wäre von uns Naturrevolutionären/-innen doch äußerst töricht, das industrialistisch-technokratische System anzugreifen, ohne einige moderne Technologie zu benutzen. Wenigstens müssen wir die Kommunikationsmedien (wie z.B. E-Mail und Internet) benutzen um unsere Botschaft zu verbreiten. Aber wir sollten die moderne Technologie nur für den einen Zweck benutzen: um das technologische System, das unsere Lebenswelten zunehmend zerstört, legal und gewaltlos zu bekämpfen.

Sieht es nicht zur Zeit nicht so aus, dass die ökologische Frage einen sehr geringen Stellenwert besitzt? Ist Euer radikal-ökologisches Engagement angesichts dieser Tatsache nicht anachronistisch und von vornherein zum Scheitern verurteilt?

In der Tat ist es momentan so, dass sich die überwiegende Mehrheit der Menschen hierzulande eher um ihren individuellen Lebensstandard als um das Überleben des Planeten als Ganzes, mit samt seinen vielfältigen Lebensformen, sorgt. Die ökologische Krise ist aber nicht überstanden - ganz im Gegenteil, sie spitzt sich zunehmend zu. Ich bin davon überzeugt,

Tote Hose? Ohne uns!

5. Tote-Hose-Wochenende vom 25.-27. Oktober 2002

Einmal im Jahr organisiert der PDS-nahe Jugendverband [solid] mit verschiedenen Partnern ein Tote-Hose-Wochenende in Halle für Jugendliche und mit Jugendlichen. Sinn und Zweck der verschiedenen Veranstaltungen ist es, ein attraktives & breit gefächertes politisches Wochenende für PolitikeinsteigerInnen zum gegenseitigen Kennenlernen zu organisieren. Auch eine Vernetzung von Einzelpersonen und Gruppen ist gewollt. (Also gegen Langeweile bzw. Tote-Hose).

Neben thematischen Arbeitsgruppen (unterschiedlichste Inhalte) und gemeinsamen Plena gibt's beim Tote-Hose viele Freizeitangebote (Sport, Kreatives, Party, Lagerfeuer...) sowie praktische Aktionen (Workshops, Transpigestaltung...).

Beim diesjährigen Tote-Hose im Oktober in Halle waren ca. 40 Jugendliche. Der Schwerpunkt lag auf dem Gebiet "Alternative Energien". Dementsprechend gab es Vorträge und Diskussionsrunden zu: Umwelt - allgemeiner Einstieg (PDS), Regenerative Energien (RegStrom e.V.), Windenergie [solid] und Solar (Greenkids).

Weiterhin fanden AG's zu Paralympix & Behindertenpolitik (PDS) und Flussphysik (NABU) statt sowie eine Vorstellung von ATTAC. Absolute Hits waren die Themen: Sexuelle Gewalt gegen Mädchen (Wildwasser e.V.), Rollstuhl-Selbsterfahrung und Globalisierung [solid]. Letzteres Seminar erfreute sich so großer Beliebtheit, dass es statt einem gleich drei Mal durchgeführt wurde.

Klavierspieler, Lagerfeuer-Gitarristen und Trommler trugen zur musikalischen Umrahmung bei. Kreative Leute bereiteten Transpis und Flyer für die Anti-Kriegs-Aktion vor, pressten Button und stellten Traumfänger her.

Am Samstag gab es noch eine praktische Aktion. Auf dem Marktplatz beteiligten sich zahlreiche Leute an einer Friedenskundgebung, verteilten Flyer, sammelten Unterschriften und diskutierten mit PassantInnen. Umrahmt wurde das Ganze von Musik und Ansprachen.

Das nächste Treffen ist wieder im Herbst und jede/r herzlich eingeladen.

Hilmut-Koblichke

dass wir in den nächsten Jahren einen Prozess erleben werden, den wir aus der Psychoanalyse als die 'Wiederkehr des Verdrängten' kennen. Das könnte dann die Geburtsstunde einer neuen ökologischen Bewegung sein. Diese Öko-Bewegung wird sich aber durch ihre Radikalität von der Ökopax-Bewegung der 80er Jahre grundlegend unterscheiden. Heute wissen wir bereits, dass der halbherzige reformistische Umwelt- und Naturschutz, wie er in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren mehr oder minder praktiziert wurde, nicht in der Lage ist uns aus der ökologischen Misere herauszuführen. Es wird in Zukunft nicht mehr darum gehen, den Rest halbwegs intakter Natur und Umwelt zu schonen, sondern es wird darum gehen, verlorene Lebensräume wiederzugewinnen und eine naturverträgliche Alternative zum technokratisch-industriellen Plattmachersystem zu finden. Das Motto der Zukunft lautet also: Wald, Wiesen und Verwilderung statt Blech, Beton und Verblödung!

Fragen von: Levke Friedrich

Selbstdarstellung des AK Bioregionalismus

Der »Arbeitskreis Bioregionalismus Sauerland« ist ein Zusammenschluss von selbständig denkenden Frauen und Männern, die sich keiner bestimmten politischen Richtung im Sinne der klassischen Gesäßgeographie (links-rechts-lechts-links) zuordnen lassen, sich aber gleichwohl als sehr politisch empfinden.

Unser Arbeitskreis versteht sich als unabhängiger Teil einer weltweiten Widerstandsbewegung gegen den natur- und seelenmordenden Industrialismus, der unter dem Banner der Gewinnmaximierung leider sehr erfolgreich an der Vernichtung unserer aller Lebensgrundlagen sowie an der Zerstörung des kulturellen Erbes aller Völker auf diesem Planeten arbeitet.

Im Bioregionalismus, einer politischen Strömung, die sich um die Verbindung von fundamentalökologischem Engagement, heidnisch-naturreligiöser Spiritualität und der Stiftung neotribaler Identität bemüht, sehen wir hingegen den zur Zeit geeignetsten Gegenentwurf zur globalen Industriegesellschaft.

Unsere Lebensphilosophie verwirft den zum allgemeinen Grundsatz erhobenen Vorrang der Ökonomie vor der Ökologie. Ganz im Gegenteil haben – nach unserer Auffassung – wirtschaftliche Interessen dort zurückzustehen, wo Lebensgrundlagen (und zwar nicht nur die der Menschen!) fundamental bedroht werden. Darüber hinaus sind wir fest davon überzeugt, dass die Zukunft des Planeten nur mit einem neuen ökologischen Bewusstsein, das sich kompromisslos den natürlichen Gegebenheiten anpasst, überhaupt erst möglich sein kann.

Neben der Beteiligung an verschiedensten Naturschutzaktivitäten, als auch der Vorbereitung und Durchführung von Gesprächskreisen, Vortragsveranstaltungen und Seminaren, bemüht sich unser Arbeitskreis um eine gefühlsmäßige Rückverbindung und Aussöhnung mit der vom modernen Menschen vergewaltigten 'Mutter Erde'. Diese Annäherung an den 'Geist der Erde' wollen wir u.a. durch die Wiederbelebung orts- und landschaftsbezogener Mythen, Märchen und Sagen, das Feiern von Jahreskreisfesten (z.B. Frühlingsanfang, Sommersonnenwende, Herbstfest, Mittwinter/Jul) sowie durch schamanische Praktiken wie Traumreisen, Schwitzhütten oder Visionssuchen erreichen.

Interview mit einer Wendland-AktivistIn

Wieder ist ein mit radioaktiven Abfällen beladener Behälter (kurz Castor) durchs Land gerollt. Diesmal von der französischen "Plutoniumfabrik" (in der deutschen Sprache verharmlosend Wiederaufarbeitungsanlage genannt) La Hague zu dem noch nicht als Endlager zugelassenen Salzstock in Gorleben.

Im Gegensatz zu den letzten Jahren fand die Auftaktdemonstration, zu der ca. 3000 AtomkraftkritikerInnen kamen, nicht in Lüneburg sondern direkt vor den Toren des geplanten Endlagers statt. Diese Auftaktdemo führte damit durch einen Bereich der bereits vier Tage vor der Ankunft des Transports für Demonstrationen gesperrt war. War es erfolgreich die Auftaktdemonstration direkt vor dem geplanten Endlager durchzuführen oder ziehen sich die AtomkraftgegnerInnen damit nicht immer mehr aus der Öffentlichkeit zurück?

Es wurden bestimmt weniger Menschen in ihrem täglichen Lebensablauf gestört. Die Straßen im ländlich strukturierten Bereich um Gorleben sind sowieso nicht stark befahren und die Einheimischen konnten sich darauf einstellen zu dieser Zeit die Demonstrationsroute zu umfahren. Andererseits war der Ort, an dem das Programm nach Abschluß der eigentlichen Demonstration stattfand, dann direkt neben dem Atomülllager. Dort hatte u.a. Rampenplan, ein mobiles Kochkollektiv aus den Niederlanden, ein Zelt aufgebaut und Essen für die TeilnehmerInnen bereitgestellt. Weitere Verpflegungszelte, einige Bücher- und Infotische standen dort, ebenso gab es einige Stände mit Aufhängen, Aufklebern, Ansteckern und Anziehsachen. Auf der dort errichteten Bühne fand ein buntes Programm statt, dass auf eine satirische Weise den Umgang mit den Repressionen thematisierte und gerade die in der großen Politik die Herrschenden nicht verschont hat. Die über 50 dort geparkten Trecker, die vorher im Demonstrationzug mitgefahren waren verdeutlichten die Betroffenheit und Anteilnahme der wendländischen Bevölkerung.

Nach der Auftaktdemo waren es weitere vier Tage bevor der Castor an seinem Ziel ankam. In dieser Zeit kommen die Menschen von außerhalb meist in Camps unter. Was wird in dieser Zeit eigentlich so gemacht?

In den Camps findet z.B. ein eine Art Training statt, das als Vorbereitung auf die Demonstrationen dient. Da am Anfang der Verbotszone in vielen Fällen eine

Polizeikette steht wird der Umgang damit geübt. Um zu verdeutlichen dass nicht die DemonstrantInnen sondern die PolizistInnen die Strasse blockieren sollte z.B. eine Sitzblockade nur auf einer Seite der Strasse stattfinden.

Die Unterbringung der Menschen in diesen Camps erfordert natürlich eine gute Planung. Wie ist es möglich, dass so viele Menschen dort versorgt werden??

Die Infrastruktur wird zum einen durch Kochgruppen wie z.B. Rampenplan aber auch in vielfältiger Weise durch ortsansässige BürgerInnen aus der Region ermöglicht. Auch ältere Menschen, die sich nicht mehr aktiv an den Aktionen beteiligen können oder wollen gaben den Menschen Unterstützung, die sich zu dieser Zeit im Wendland aufhielten. Die Kosten werden auf freiwilliger Basis durch Spenden wieder hereingeholt.

Was ist deine Meinung zu den Demonstrationsverboten, die im Zusammenhang mit den Castortransporten entlang der Transportstrecke verhängt wurden?

Die zeitliche Ausdehnung der Verbote ist viel zu weit ausgelegt. Die Demonstrationsverbote werden schon drei Tage vor Ankunft des Transports verhängt. Dabei ist das Demonstrationsrecht ein Grundrecht, das selbst für Veranstaltungen wie die Love-Parade erhalten muss. Da wo es wirklich notwendig wäre wird es aber mit Verboten von staatlicher Seite unterhöhlt.

Welche besondere Form kreativer Aktionen gab es während der Tage im Wendland?

In diesem Jahr kam es drei Tage vor der Ankunft des Castors zu zahlreichen Dorfneugründungen. Das war schon im Vorfeld geplant als symbolische Aktion. Zu einer Dorfgründung braucht mensch viele Leute und ein infrastrukturelles Element. Diese Gründungen lassen sich nach geltendem Recht nicht so einfach wieder auflösen. Bei Klein Gussborn z.B. gibt es ein Mahmal - dort wurde eine Kirche errichtet. Es wurde ein Gestell mit einer Glocke aufgebaut, der Pfarrer hat dort einen Gottesdienst im Frontlader eines Trackers (als Kanzelersatz) gehalten. Ein weiteres Dorf wurde durch die Umsiedlung der Praxis eines Arztes begründet, im nächsten Dorf gab es eine Schule. Die Namen lehnten sich an die in der Nachbarschaft bestehenden Dörfer an. Mit diesen Aktionen wurde wieder einmal mehr gezeigt, dass Widerstand kreativ sein kann.

Stoppt den Krieg gegen den Irak!

Bedingungslose Aufhebung aller Sanktionen!

Schluss mit den Bombardierungen!

Die USA und Großbritannien forcieren derzeit ihre Planungen für einen neuen Krieg gegen den Irak. Bereits Anfang September dieses Jahres flogen alliierte Kampffljets die größten Luftangriffe seit 1998 gegen Luftabwehranlagen südwestlich von Bagdad.

Nachdem der US-Geheimdienst CIA Anfang September eingestehen musste, dass keine Verbindung zwischen Bagdad und dem Al-Qaida-Netzwerk besteht, heißt es nun, dass vom Irak eine Bedrohung mit nuklearen Waffen ausgehe.

Doch der dafür zitierte Bericht des Internationalen Instituts für Strategische Studien besagt, dass Bagdad heute in allen militärischen Bereichen weitaus schwächer ist als vor dem Golfkrieg 1991. Ein anderer Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde, auf den sich der US-Präsident beruft, existiert nach Aussage der Atomenergiebehörde in Wien überhaupt nicht.

Auch die Frage der UN-Waffeninspektoren gilt als Argument für einen Angriff auf den Irak. Doch der Irak hat die Unscm-Inspektoren im Dezember 1998 nicht des Landes verwiesen. Vielmehr hat Unscm-Chef Butler kurz vor Abschluss der Inspektion den Abzug der 92 Inspektoren angeordnet. Einen Tag später begannen die USA und Großbritannien, den Irak für vier Tage massiv zu bombardieren.

Der Irak war dennoch bereit, Inspektoren ins Land zu lassen. Doch die Führung in Bagdad forderte einen klaren Zeitplan und Kriterien, wann Fortschritte bei den Inspektionen auch die Lockerung oder die Aufhebung der Sanktionen zur Folge haben. Außerdem verlangte Bagdad Garantien, dass Waffeninspektoren ihren Aufenthalt nicht wieder zu Spionagezwecken missbrauchen und dass der Irak nicht trotz Kooperation mit der UNO militärisch angegriffen wird.



Der Friedensengel war wieder einmal Sieger auf der ganzen Linie!

Wie berechtigt die Forderungen des Iraks sind, belegt US-Vizepräsident Cheney, der Ende August für einen Militärschlag plädierte, egal ob der Irak Inspektoren zulässt oder nicht. US-Präsident Bush stellte am 12. September dem UN-Sicherheitsrat ein Ultimatum, um eine Resolution des UN-Sicherheitsrats zu erzwingen und daraus das Recht auf ein militärisches Vorgehen gegen den Irak abzuleiten. In dieser Situation hat sich der Irak bereit erklärt, die Inspektoren auch ohne Klärung der bisherigen Einwände ins Land zu lassen. Doch die Kriegsgefahr bleibt.

Die USA behalten sich vor, auch ohne UN-Resolution und ohne Rücksicht auf Inspektionen anzugreifen. Zur Rechtfertigung eines Angriffs gegen den Irak werden Tatsachen verdreht und es wird gezielt gelogen. Diese Strategie lässt sich bereits für den Irakkrieg 1991 belegen. Den offiziellen Angaben ist grundsätzlich nicht zu trauen, vor allem wenn in Kürze eine neue Schreckensmeldung über den Irak aus dem Hut gezaubert wird.

Die Geschichte des Konfliktes: Vor zwölf Jahren, im August 1990, verhängte der UN-Sicherheitsrat weitreichende Sanktionen gegen den Irak, nachdem dieser wenige Tage zuvor Kuwait besetzt hatte. Nach der iranischen Revolution von 1979 hatte der Westen den Irak aufgerüstet und in einen Krieg mit dem Iran verwickelt, in dessen Verlauf auch die kurdische Bevölkerung im Nordirak durch das irakische Militär massakriert wurde.

Allein der Westen profitierte von diesem ersten Golfkrieg 1980 bis 1988. Gut zwei Jahre nach dem Ende des Krieges wurde die Besetzung Kuwaits für die USA zum willkommenen Anlass, militärisch in die arabische Region zu intervenieren. Unter Führung der USA wurden 1991 in einer Luft- und Bodenoffensive 150 000 Irakis getötet. Iraks zivile Infrastruktur wurde in diesem zweiten Golfkrieg größtenteils zerstört. Bis heute werden in sogenannten Kontrollflügen im Nord- und Südirak regelmäßig militärische, aber auch zivile Einrichtungen bombardiert.

Nach irakischen Angaben sind dabei bislang mehr als 1400 Menschen ums Leben gekommen. Die seit über zwölf Jahren geltenden Sanktionen bringen Hungersnot, Krankheit und Tod für die gesamte irakische Bevölkerung. In direkter Folge dieser Sanktionen sind nach UN-Angaben bis heute mehr als eine Million Menschen gestorben.

Der Krieg, die Bombardierungen und die Sanktionen sind ein Verbrechen am irakischen Volk und stellen systematische Menschenrechtsverletzungen dar. Die Sanktionen müssen bedingungslos aufgehoben und die Bombardierungen gestoppt werden. Ein neuer Krieg muss verhindert werden!

Die Interessenslage der westlichen Länder: Die USA sind seit langem mit einer Verschärfung der Widersprüche ihrer imperialen Weltherrschaft konfrontiert. Insbesondere nach dem 11. September 2001 reagieren sie darauf mit der Erklärung des permanenten Krieges gegen alle Kräfte, die nicht bereit sind, sich unterzuordnen. Für diese Kräfte erfanden sie den Begriff der Achse des Bösen, dessen Netz sich gemäß US-Verteidigungsminister Rumsfeld über 60 Staaten erstreckte.

Um den wachsenden Widerstand niederzuhalten und die globale Dominanz aufrecht zu erhalten, können sich die USA nur auf offene militärische Gewalt stützen. Nicht gegen den Irak zuzuschlagen, bedeutet in dieser Logik einen Glaubwürdigkeitsverlust, den die vermeintlichen Weltenlenker in Washington nicht hinzunehmen bereit sind.

Der Irak gilt neben Saudi-Arabien als das Land mit den größten Erdölvorräten. Die von den USA geplante Installation einer US-freundlichen Führung in Bagdad würde die dominierende Stellung Saudi-Arabiens auf dem Ölmarkt und die Macht der OPEC schwächen und die Abhängigkeit der USA entschieden verringern.

Darüber hinaus könnten die USA mit einem Krieg gegen den Irak ihre militärische Präsenz im arabischen Raum erheblich ausweiten. Mit ihren bereits im Afghanistan-Krieg stationierten US-Soldaten in Afghanistan, Pakistan, Kirgisien, Usbekistan und

Georgien wäre das eine hervorragende Ausgangsbasis für die Verteilungskämpfe im arabischen und zentralasiatischen Raum.

Nicht zuletzt verbindet sich mit einem erfolgreichen Krieg gegen den Irak die Hoffnung, mit den dann absehbaren Profiten aus dem Erdölgeschäft den desolaten wirtschaftlichen Zustand der USA zumindest teilweise zu sanieren. Deutschland, Frankreich, Russland und China setzen derzeit auf Diplomatie und auf die UNO, anstatt auf einen Krieg zum Sturz der irakischen Führung.

Der deutsche Außenminister sprach sich Ende August gegen eine Militärintervention selbst mit UN-Mandat aus und fordert die konsequente Fortsetzung der Sanktionen. Gleichzeitig setzt Deutschland darauf, alte Handelsbeziehungen zum Irak wieder aufzunehmen, während Frankreich, Russland und China bereits Erdöl-Lieferverträge mit dem Irak für die Phase nach den Sanktionen abgeschlossen haben.

Doch diese Widersprüche zwischen USA und Großbritannien einerseits und Deutschland und Frankreich andererseits dürfen nicht überbewertet werden. Sobald ein Krieg unausweichlich scheint und ein Erfolg der USA wahrscheinlich ist, werden die westeuropäischen Staaten sich in die Kriegsfront einreihen. Wie schon 1991 ist im Falle eines Krieges gegen den Irak vorhersehbar, dass Deutschland zumindest mit finanzieller und logistischer Unterstützung versuchen wird, seinen Einfluss geltend zu machen. Keinem geht es um einen gerechten Frieden - weder im Irak noch in Afghanistan. Allen geht es um die Kontrolle über die erdölreichste Region auf der Erde und um die damit verbundenen Profite beim Aufbau der Infrastruktur und in der Erdölindustrie.

Ein Krieg gegen den Irak und die vom UN-Sicherheitsrat zu verantwortenden Sanktionen treffen die breite Masse der irakischen Bevölkerung. Der Irak hat ein auch im Völkerrecht verankertes Recht auf Selbstverteidigung sowohl gegen die regelmäßigen Bombardierungen als auch gegen den drohenden Angriffskrieg.

Demokratische Alternativen im Irak werden erst dann eine Chance haben, wenn die Sanktionen aufgehoben und der Krieg und die sonstigen Formen der imperialistischen Intervention gegen das Land beendet sind. Den Menschen in der arabischen Welt ist klar, dass die Politik des Westens darauf abzielt, ihr Recht auf Selbstbestimmung noch weiter einzuschränken und sie um den Reichtum ihrer Region zu berauben, der eigentlich ihnen zusteht. Ihr Protest und Widerstand gegen die imperialistische Einmischung ist gerechtfertigt. Deshalb muss die Friedensbewegung auch eine Bewegung der internationalen Solidarität mit diesem Widerstand sein.

Wir fordern von der deutschen Bundesregierung, die Sanktionen gegen den Irak nicht länger zu beachten, sich in keiner Weise an einem Krieg gegen den Irak zu beteiligen, die deutschen Panzerverbände aus Kuwait, die Awacs-Aufklärungsflugzeuge aus der Türkei und die Marineverbände aus der Golfregion und vom Horn von Afrika zurückzuziehen, den USA die Nutzung der US-Stützpunkte in Ramstein, Spangdahlem und des Frankfurter Flughafens zu untersagen, die Überflugrechte zu verweigern und auch jede andere militärische, finanzielle und logistische Unterstützung für den Irakkrieg abzulehnen, sowie sich an der Beseitigung der Umweltschäden, beispielsweise durch die Uranmunition aus dem Golfkrieg 1991, zu beteiligen.

V.i.S.d.P.: Antifaschistisches Aktionsbündnis 9.6. Kaiserslautern, Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern
Email: aktionsbueundnis9_6@yahtop.com



Fürs nächste Hochwasser gibt's bald... - noch mehr Beton und Asphalt

Es ist kaum zu fassen: da hat sich gerade ein schlimmes Hochwasser in unfassbar kurzer Zeit zu Tale gewälzt, da soll noch mehr Osterzgebirge asphaltiert werden. Die bisherige B 170 wird im Eiltempo gerade wieder transittauglich gemacht (ab Juni 2003 sollen die nach dem Willen des zuständigen Straßenbauamtes Dresden hier wieder langdonnern dürfen), ganz in der Nähe klotzt die DEGES an der Autobahn Dresden - Prag.

Und nun soll dazwischen auch noch eine neue Bundesstraße ins Erzgebirge gebaut werden. Besonders perfide: die erforderlichen Gelder will man aus dem Hochwassertopf nehmen, während viele Betroffene noch immer auf Unterstützung warten.

Angeblich sei das Projekt notwendig, um die leidgeplagten Anwohner der bestehenden B 170 zu entlasten. Doch im Moment gibt es da gar nicht viel zu entlasten.

Noch am 9. August hatte dort eine Bürgerinitiative mit Unterstützung der Grünen Liga Osterzgebirge eine große Demonstration mit kurzzeitiger Straßenblockade organisiert. Dabei stiegen auch 1000 Luftballons in den Himmel - drei Tage später goß es wie aus Kannen.

Bei allem schlimmen Unheil, das das Hochwasser angerichtet hat - der Transitverkehr war weg. Und die Welt drehte sich weiter, ganz entgegen der düsteren Prophezeiungen wirtschaftsliberaler Politiker und ideenloser Behörden, was alles passieren würde, wenn der Gütertransit nicht mehr ungehindert fließen könne.

Anstatt diese einmalige Chance aufzugreifen, wollen also besagte Asphaltpolitiker und Betonbehörden die Fehler der Vergangenheit verdreifacht wiederholen.

Dabei läuft das alte Muster ab: man verspricht den Betroffenen das, was sie hören wollen. Was man in der Vergangenheit aber nie eingehalten hat. Auch der Neubau der Grenzzollanlage Zinnwald vor zwei Jahren sollte die B170 entlasten - herausgekommen ist mehr als eine Verdoppelung des Lkw-Verkehrs in nur einem Jahr.

Und auch davon, daß mit der A17 die B170 für Transiter gesperrt werden soll, ist schon längst keine Rede mehr. Immer mehr Straßen ziehen immer mehr Verkehr an. Das wissen Umweltverbände wie die Grüne Liga schon lange. Ihnen geht es eben nicht nur um irgendwelche seltenen Blümchen oder Vögel, wie dies gern in den Medien (so auch im SZ-Beitrag am 29.11.) verkürzt dargestellt wird. Für Trollblumen und Arnika, Birkhühner und Schwarzstörche ist die

Zunahme des Straßenverkehrs sicher schlimm genug.

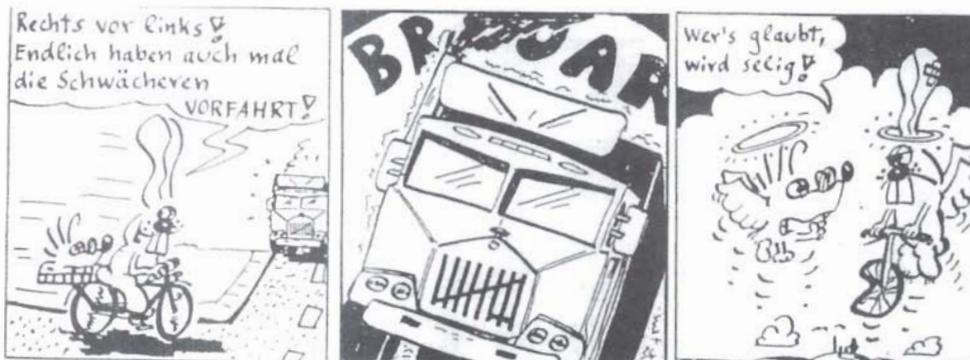
Doch hier ist die Zukunft einer ganzen Region bedroht. Gerade glaubt man, die Wälder des Osterzgebirges würden sich von den schlimmen Waldschäden der achtziger und frühen neunziger Jahre erholen, da schlagen schon unbarmherzig die sogenannten "neuartigen", in erster Linie von Kfz-Abgasen hervorgerufenen Waldschäden zu. Auch Urlaubern bleiben die extrem schütterten Kronen von Buchen und Eichen in den letzten Jahren kaum verborgen. Genauso erbärmlich sehen auch die Wurzeln aus, die kaum noch das dem Wald nachgesagte Wasserspeichervermögen sichern können.

Die Belastungsgrenzen des Ökosystems Osterzgebirge sind erreicht, das hat die Augustflut deutlich gezeigt. Wenn hier wirklich der deutsch-tschechische Haupttransitkorridor mit A17, B170alt und B170neu ausgebaut werden soll, dann können wir alles andere bald vergessen: Tourismus genauso wie Naturschutz, und Hochwasserschutz sowieso.

Im Übrigen: Zwischen Pirna und dem Erzgebirgskamm sollen für die Autobahn A 17 etwa 500 Hektar Wälder, Wiesen und Felder versiegelt, d.h. asphaltiert werden.

Bei einem Starkregen von 300 mm (und der ist keine Utopie mehr) werden sich dann innerhalb kürzester Zeit 150.000 m³ Wasser auf Pirna zuwälzen.

Jens Weber, Grüne Liga Osterzgebirge



Grüne Liga Osterzgebirge e.V.

GROBE WASSERGASSE 19
01744 DIPPOLDISWALDE

03504/ 618585
gl.osterzgebirge@t-online.de

Anti-Atom in Magdeburg

AntiCastorNetz Magdeburg

www.AntiAtom.de/Magdeburg

Infotel.: 01 62-860 89 49

AntiCastorMD@gmx.de

- Aktuelles aus der Atom-Politik
- Infrastruktur zum Selbst-Aktivwerden
- Veranstaltungen & Aktionen
- Prozessinfos Magdeburger AtomkraftgegnerInnen

Was geht ab im neuen Jahr??

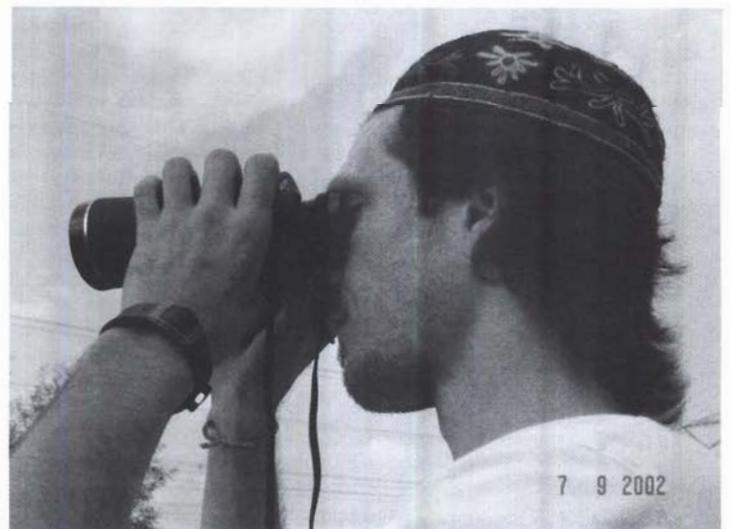
fb Ein umfangreiches Seminar- und Veranstaltungsprogramm gibt es bereits bei der NAJU und den Greenkids. Es wird dabei z.B. um den Regenwald oder Gentechnik, Alternatives Leben oder auch die Energiepolitik gehen. Die einzelnen Themen und Termine findet ihr im Terminteil der jeweils aktuellen Ausgabe des grünen blatt oder auf www.Termine-Online.NET.

Im anlaufenden Jahr wollen die Greenkids mit einer Kampagne an Schulen gehen, um dort ökologische Inhalte zu thematisieren. Start ist in der ersten Märzwoche. Danach wird es Veranstaltungen in Klassen und öffentliche Aktionen geben. Auf Exkursionen soll die Natur rund um Magdeburg erkundet werden.

Seitens des Anti-

CastorNetz gibt es bereits verschiedene Ideen für kreative Aktionen in der Öffentlichkeit. So z.B. zum Hiroshima- bzw. Tschernobyl-Gedenktag. Doch auch hier ist noch einiges mehr zu erwarten.

Mehr und genauere Informationen zu den geplanten Aktivitäten geben wir euch jeweils kurz vorher im grünen blatt.



Datum	Veranstaltung	Info bei
08.01.2003	Wanderung entlang der Schrote von den Goetheanlagen bis Diesdorf	BUND
08.01.2003	Diashow Tibet - Impressionen einer Reise - 20 ⁰⁰ Uhr	Thiembuktu
10.01.2003	"Fässer ohne Boden" - Video zu einem Urantransport - 18 ⁰⁰ Uhr	Thiembuktu AntiCastorMD
11.01.2003	offenes Antifa-Vernetzungstreffen um 16 ⁰⁰ Uhr im BUND-Seminarraum	-
12.01.2003	Jim Knopf, Lukas der Lokomotivführer und ihre Abenteuer auf Lummerland - 20 ⁰⁰ Uhr	Thiembuktu
15.01.2003	Morsleben-Infoabend 18 ⁰⁰ Uhr im Thiembuktu - Einsturzgefahr in der "Tropfsteinhöhle"	GK
16.01.2003	Elbevortrag 18 ⁰⁰ Uhr im BUND-Seminarraum	BUND
17.01.2003	"Löwenzahn"-Projekthaus-Treffen um 18 ⁰⁰ Uhr im Thiembuktu	GK
19.01.2003	"Wald in Sachsen-Anhalt" - Historisches und Schadenssituation - 18 ⁰⁰ Uhr	Thiembuktu GK
21.01.2003	Weltbevölkerungs-Vortrag 17 ³⁰ Uhr im BUND-Seminarraum	BUND
30.01.2003	"Solare Heizungsunterstützung für die Nutzung in Privathaushalten" um 19 ⁰⁰ Uhr	ÖZIM
01.02.2003	Solikoncert im "Heizhaus"	-
04.02.2003	Goitzsche um 18 ⁰⁰ Uhr	BUND
07.02.2003	17 ⁰⁰ Uhr Redaktionssitzung grünes blatt 2-03 im Greenkids-Büro	grbl
08./09.02.2003	"Löwenzahn"-Projekthaus-Wochenende in Magdeburg	GK
10.-14.02.2003	"Regenwald"-Seminar in Magdeburg	NAJU
18.02.2003	"Biederitzer Busch und der Wiesenpark" - 15 ⁰⁰ Uhr in der URANIA	BUND
27.02.2003	"Magdeburg - Stadt in der Elbaue" - 18 ⁰⁰ Uhr in der URANIA	BUND
11.03.2003	Über den Klusdamm nach Pechau - 18 ⁰⁰ Uhr in der URANIA	BUND
12.03.2003	"Umweltschutz im Alltag" - Veranstaltung um 18 ⁰⁰ Uhr im Thiembuktu	GK
19.03.2003	Infoabend zur Müllverbrennungsanlage in Rothensee um 18 ⁰⁰ Uhr im Thiembuktu	GK
25.03.2003	Vom Stadtpark nach Prester - 18 ⁰⁰ Uhr in der URANIA	BUND
04.04.2003	17 ⁰⁰ Uhr Redaktionssitzung grünes blatt 3-03 im Greenkids-Büro	grbl
04.04.2003	Vorbereitungstreffen für den Tschernobyl-Tag im Rahmen des GK-Treffens im Büro um 18 ⁰⁰ Uhr	GK

Adressenliste:

AntiCastorMD
c/o BUND
Olvenstedter Str. 10
39108 Magdeburg
Tel.: 01 62-860 89 49
AntiCastorMD@gmx.de
www.antiatom.de/magdeburg

BI OFFENE HEIDE:
Bürgerinitiative OFFENE HEIDE
Helmut Adolf
Vor der Teufelsküche 12
39340 Haldensleben
Tel.: 03 904/4 25 95
Fax: 03 904/46 49 33

BlaueWeltArchiv & Thiembuktu:
Thiemstr. 13
39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/408 290 81 (BWA)
bzw. 400 33 67 (Thiembuktu)
Fax: 03 91/408 290 82 (BWA)
Blaue-Welt-Archiv@web.de
http://www.bwa.black-red.de

BUJU:
BUNDjugend Sachsen-Anhalt
Olvenstedter Straße 10
39108 Magdeburg
Tel.: 03 91/5 44 09 78
Fax: 03 91/5 41 52 69

BUND:
Bund für Umwelt und Natur-
schutz Sachsen-Anhalt e.V.
Landesgeschäftsstelle
Olvenstedter Straße 10
39108 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 33 361
Fax: 03 91/54 15 270
bund.sachsen-anhalt@bund.net
www.bund-sachsen-anhalt.de

Greenkids:
Greenkids Magdeburg e.V.
Postfach 32 01 19
39040 Magdeburg
Hausanschrift:
Thiemstr. 20
39104 Magdeburg
Tel.: 01 62/78 68 204
mail@greenkids.de
www.greenkids.de

Infoladen-MD
Vernetzung emanzipatorischer
Gruppen in Magdeburg
Infotelefon: 01 62-860 89 49
infoladen@magdeburg.gruenes-blatt.de
http://magdeburg.gruenes-blatt.de

NAJU:
Naturschutzjugend im NABU
Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsstelle
Schleiufer 18a
39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 37 37 5
Fax: 03 91/56 19 349
mail@naju-lsa.de
www.naju-lsa.de

ÖZIM:
Öko-Zentrum und -Institut
Magdeburg e.V.
Harsdorfer Straße 49
39110 Magdeburg
Tel.: 03 91/7 31 59-80
Fax: 03 91/7 31 59-82
oezim@t-online.de
www.oezim.here.de

Regelmäßige Termine

ATTAC-Plenum:
2. Montag im Monat um 19³⁰ Uhr im
eine Welt-Haus, Schellingstr.
[ATTAC]

Friedensinitiative Magdeburg:
2. Dienstag im Monat um 19⁰⁰ Uhr im
BUND-Seminarraum
[Frieden jetzt]

**Vernetzungstreffen emanzipatorischer
Gruppen Magdeburgs:**
3. Dienstag im geraden Monat um 17⁰⁰
Uhr im BUND-Seminarraum
[Infoladen-MD]

Öffnungszeiten des Blaue Welt Archivs:
mittwochs von 17⁰⁰ bis 19⁰⁰ Uhr
[BWA]

Café im Thiembuktu:
mittwochs und sonntags ab 20⁰⁰ Uhr im
[Thiembuktu]

offenes Café:
freitags (außer 1. Freitag im Monat) um
18⁰⁰ Uhr im Thiembuktu
[Greenkids oder AntiCastorNetz]

['solid]-Infostand
Donnerstag nach dem 1. Freitag im
Monat von 16⁰⁰ bis 18⁰⁰ Uhr in der
Innenstadt
['solid]

Greenkids-Treffen:
1. Freitag im Monat um 18⁰⁰ Uhr im
Büro
[Greenkids]

AntiAtom-Plenum:
2. Freitag im Monat um 18⁰⁰ Uhr im
Thiembuktu
[AntiCastorNetz]

['solid]-Treffen:
1. & 3. Freitag im Monat um 20⁰⁰ Uhr
in der Ebendorfer Str. 4
['solid]



Mit Kindern die Natur erleben!

Großer NAJU - Naturerlebniswettbewerb "Erlebter Frühling 2003"

Vorhang auf für den Erlebten Frühling 2003! Auch in diesem Jahr hat die Naturschutzjugend (NAJU) wieder vier Frühlingsboten ausgewählt, um Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 5 und 15 Jahren hinaus in die Natur zu locken. Ziel des Wettbewerbs ist es, die ausgewählten Lebewesen in ihrem natürlichen Umfeld ausfindig zu machen und sie zu beobachten. Im Ergebnis sollen die Kinder mit viel Spaß und Kreativität Wettbewerbsbeiträge gestalten und einsenden

Die NAJU hat sich im diesem Jahr einen besonders interessanten Lebensraum zum Erkunden ausgewählt: die "Wiese". Die diesjährigen Frühlingsboten Erdmaus, Kiebitz, Erdhummel und der Klee warten darauf, hier von Kindern entdeckt zu werden.

Über 250 Kleearten gibt es weltweit, hierzulande wachsen vor allem Rot- und Weißklee. Eine häufige Besucherin in den Blüten des Klees ist unsere zweite Frühlingsbotin, die Erdhummel. Typisch für sie ist der schwarz, gelb und weiß gefärbte Pelz, der sie gegen Kälte schützt. Als Unterschlupf nutzen Erdhummeln gerne unbewohnte Höhlen von Erdmäusen. Dieser etwa hamstergroße Nager ist der Feldmaus mit ihrem graubraunen Fell sehr ähnlich. Auf und vor allem auch über der Wiese tummelt sich unser gefiederter Frühlingsbote: der Kiebitz. Er ist ein wahrer Luftakrobat und unschwer an seinem schwarzen Federschopf zu erkennen.

Mit dem Lebensraum "Wiese" können Kindern ökologische Zusammenhänge einfach und am konkreten Beispiel vermittelt werden. Außerdem bietet die Wiese spannende Erlebnis- und Spielmöglichkeiten für Kinder und Erwachsene. Christoph Biermann von der "Sendung mit der Maus" hat auch in diesem Jahr die Schirmherrschaft des Erlebten Frühlings übernommen, worüber sich die NAJU besonders freut.

Ganz besonders spannend wird der "Abenteuertag Erlebter Frühling" am 5. Juni 2003. An diesem Tag werden in ganz Deutschland Aktionen zum Erlebten Frühling stattfinden. Denkbar sind Schulfeste zum Thema, aber auch Exkursionen zu den Frühlingsboten. Fotodokumentationen von diesem Tag können als Wettbewerbsbeitrag eingereicht werden. Weitere Informationen zum Abenteuertag finden sich im Begleitmaterial.

Auch der Internetauftritt des Erlebten Frühlings kann sich sehen lassen unter <http://www.erlebter-fruehling.de> können alle Infos zum großen NAJU- Wettbewerb abgerufen werden. Für Pädagogen steht ein großer Downloadbereich zur Verfügung, in dem Arbeitsblätter oder Projektgestaltungsideen für den Unterricht abgerufen werden können. Wettbewerbsbeiträge können auch direkt ins Netz gestellt werden. Für die besten Einsendungen vergibt die NAJU zusätzlich einen "Onlinepreis". Als Wettbewerbsbeiträge können Zeichnungen, Geschichten, gebastelte Beiträge oder Beobachtungstagebücher, aber auch Videobeiträge eingereicht werden. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt", sagt Heike Hildebrandt, NAJU-Umweltpädagogin. Einsendeschluss für alle Beiträge ist der 30. Juni 2003. Zum Erlebten Frühling gibt es umfangreiches pädagogisches Begleitmaterial, das besonders für fächerübergreifende Projektarbeit in der Schule geeignet ist. "Natürlich kann auch jedes Kind unabhängig am Erlebten Frühling teilnehmen", so Hildebrandt.

Als Hauptgewinn feiert Christoph Biermann von der "Sendung mit der Maus" mit den Kindern lustige Partys. Außerdem gibt es spannende Experimentierkästen für kleine Naturdetektive zu gewinnen.

Ein Klassensatz enthält ein Plakat, 25 Kinderhefte und eine Arbeitshilfe für Pädagogen, Eltern und Betreuer. Genauso sind einzelne Kinderhefte erhältlich.

Das Material kann gegen eine Kostenpauschale bestellt werden bei: NAJU-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort "Erlebter Frühling", Herbert-Rabius-Straße 26, 53225 Bonn, E-Mail: Bundesgeschaeftsstelle@NAJU.de



© Manfred Danegger

Der Kiebitz, einer der diesjährigen Frühlingsboten

Ihre Ansprechpartnerin für Rückfragen:

Projektleiterin Erleter Frühling

Heike Hildebrand

Telefon: 0228/4036-190

E-Mail: Heike.Hildebrand@NAJU.de